

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 39, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3167

Inhalt:

Die Genossenschaftsbewegung (I. Allgemeines und Theorie). — Die Taktik der modernen Unternehmerorganisationen und die Gewerkschaften (Fortsetzung). — Eine hamburgische Verwaltungsbehörde für Beamtenwillkür und gegen Arbeiterrecht. — Die Lohnpolitik der Mieler Stadtverwaltung. — Brief aus Frankfurt a. M. — Rechenschaftsbericht für das 1. Quartal 1907. — Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter Hannovers (Schluß). — Die Park- und Gartenverwaltung der Stadt Berlin. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Mundschau. — Verbandsteil. — Anzeigen.

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder, also die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb. Der gemeinschaftliche Geschäftsbetrieb bedingt den gemeinschaftlichen Besitz der zur Führung des Betriebes notwendigen Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände und die Führung des Betriebes auf gemeinschaftliche Rechnung und unter gemeinschaftlicher Leitung." Das erscheint beim ersten Blick zwar als ein etwas dürftiges und nüchternes Prinzip. Es kann aber, je nachdem man die Genossenschaftsbewegung auffaßt resp. ausbaut, zu einer überaus begeisterungsfähigen Sache für jeden einzelnen werden.

Die Genossenschaftsbewegung.

I. Allgemeines und Theorie.

In diesen Tagen, vom 17. bis 19. Juni dieses Jahres, findet der vierte Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Düsseldorf statt. Wir nehmen den uns vorliegenden gedruckten Bericht*) zum willkommenen Anlaß, die Genossenschaftsfrage einer eingehenderen Erörterung zu unterziehen. Aber noch ein anderes Ereignis aus jüngster Zeit gibt wohl mit Zug und Recht ernsthafteste Veranlassung zum Nachdenken über unseren Konsum für einen großen Teil der Kollegenchaft. Wir meinen den Kampf der Berliner Bäcker um ihre überaus bescheidenen Forderungen, sowie den damit verbundenen Boykott der großen Mehrzahl der Berliner Bäckereien. Hat doch Gen. Peus in der „Neuen Gesellschaft“ unter dem Titel „Warum noch warten?“ für die Errichtung einer Konsumbäckerei mit guten Gründen plädiert, desgleichen tauchte auch im „Vorwärts“ ein ähnlicher Vorschlag auf, um dem rüchständigen Bäckermeisterlingel für alle Zeiten das Handwerk zu legen, im zweifachen Sinne des Wortes. Es ist in der Tat eine eigentümliche Erscheinung, wie die Genossenschaften in Sachsen, Hamburg und Mitteldeutschland recht erfreuliche Fortschritte machen, wie auch in Süddeutschland der genossenschaftliche Gedanke marschiert, während die durch ihre Massenmassen besonders geeignete Reichshauptstadt in genossenschaftlicher Beziehung fast völlig verlagert.

In letzter Zeit hat die Berliner Gewerkschaftskommission versucht, die Gewerkschaften etwas mehr für diese Frage zu interessieren; wie es scheint, mit zweifelhaftem Erfolge. Jedenfalls halten auch wir es für angebracht, daß sich alle Kollegen zum mindesten ein klares Urteil über das Genossenschaftswesen bilden. Deshalb möchten wir an der Hand des obigen Buches zunächst einmal die Theorie der Genossenschaften allen Kollegen vor Augen führen bezw. ins Gedächtnis zurückrufen. S. Kaufmann, der überaus rührige Sekretär des Zentralverbandes, sagt über das Wesen der Genossenschaft kurz zusammengefaßt das Folgende: „Die Genossenschaft ist eine Personengesellschaft von nicht geschlossener Mitgliederzahl. Sie hat kein bestimmt fixiertes Grundkapital. Alle Genossen haben gleiche Rechte. Die Genossenschaft ist eine vollendete Demokratie. Der

Der diesjährige Jahresbericht versucht nun die Theorie der Genossenschaftsbewegung fester zu fundieren und knüpft dabei an das bekannte und empfehlenswerte Buch von Werner Sombart „Sozialismus und Soziale Bewegung“ an.

S. Kaufmann polemisiert umfangreich gegen die Auffassung Sombarts, als müsse die Genossenschaft ein Teil der politischen Arbeiterbewegung sein. Er sagt u. a.: „Die Konsumgenossenschaftsbewegung mußte erst, wie es ihrem Wesen entspricht, auf den Boden der ehrlichen Neutralität gestellt werden, bevor die Arbeitermassen sich für sie erwärmen konnten. Marx und Lassalle haben wir es zu verdanken, daß sie, weiter und tiefer blickend als Professor Sombart, weder in der Genossenschaftsbewegung im allgemeinen, noch in der Konsumgenossenschaftsbewegung im besonderen, eine Form des proletarischen Klassenkampfes erblickten. Sie haben dadurch die Konsumgenossenschaftsbewegung sowohl wie die Arbeiterbewegung vor einem Abweg bewahrt, der beide ihrem eigentlichen Ziele entfremdet hätte und beiden verderblich geworden wäre.“

Ueber diese Auffassung wird sich föhlich streiten lassen. Das Beispiel Belgiens, wo die Genossenschaften gewissermaßen das materielle Fundament der Partei bilden, soll nun zwar eine Abirrung oder eine Rückständigkeit sein. Durch die Politisierung habe man in die Konsumgenossenschaftsbewegung das tödliche Gift der Zerplitterung getragen und sie leistung- und entwicklungsunfähig gemacht. Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß zahlreiche Genossenschaftler von der Partei eine wärmere Befürwortung forderten, als sie auf dem Hannoverischen Parteitag 1899 in der nachfolgenden Resolution zum Ausdruck kommt: „Die Partei steht der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nötigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen. Sie sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse, zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei.“ Diese Auffassung hält S. Kaufmann für ganz

*) Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1906. Preis 2 Mk. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Co. in Hamburg.

korrekt. Er entwickelt diesen Zentralitätsgedanken in allen seinen Konsequenzen und kommt zu folgendem Schluß: „Die Verwertungs- und Bezugs-genossenschaften der Landwirte, Handwerker und Händler, desgleichen die Kreditgenossenschaften, können keine Zeite des proletarischen Massenkampfes sein, weil in ihnen das Proletariat gar nicht vertreten ist. Können es aber diese Genossenschaftsarten nicht sein, so auch nicht die Konsumgenossenschaften, da sie mit jenen weisenseins sind, die gleichen wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen haben, und jene, speziell die landwirtschaftlichen Verwertungs-genossenschaften, ergänzen, so daß eine weitere Entwicklung der einen Genossenschaftsart auch eine weitere Entwicklung der anderen mit sich bringt. Dazu kommt, daß die Konsumgenossenschaften längst darüber hinausgewachsen sind, nur Industriearbeitergenossenschaften zu sein, sie sind zu Genossenschaften aller Konsumenten, landwirtschaftlicher wie industrieller, Arbeiter wie Beamten und Bürger geworden.“

Was ist nun die Genossenschaftsbewegung?

H. Kaufmann gibt ein anschauliches Beispiel. Die Konsumentin, die laufende Hausfrau, wandert Straße auf Straße ab, um im Schaufenster die Preise kennen zu lernen und dort zu kaufen, wo es ihr am ärmlichsten zu sein scheint. Das Mitglied des Konsumvereins hat seinen Blick mehr für die Schaufenster, es geht vertrauensvoll in die Verkaufsstelle seines Vereins und gibt dort seine Bestellung auf. Läßt die Bedienung oder die Qualität der Ware zu wünschen übrig, so sucht es sich nicht einen anderen Lieferanten, sondern tut eine Weidwerde in den Weidwerdefäden. Die Funktion des Einkaufs hat für alle Mitglieder der erste Beamte der Genossenschaft, der Geschäftsführer, in sehr großen Genossenschaften der besondere Einkäufer übernommen. Es ist daher auch nicht ganz richtig ausgedrückt, wenn wir sagen, daß die Konsumgenossenschaft an die Mitglieder Ware verkauft. Die Ware wird unter gewissen Voraussetzungen an die Mitglieder verteilt.

Die Beteiligung an einer Genossenschaft bedeutet, daß das Mitglied einen Teil seiner individuellen wirtschaftlichen Funktionen auf den gemeinsamen genossenschaftlichen Geschäftsbetrieb oder besser noch Wirtschaftsbetrieb überträgt. Dasselbe gilt für den Zusammenschluß von Genossenschaften zu Zentralgenossenschaften.

Ein Mitglied wird gezwungen, einer Genossenschaft beizutreten. Die Genossenschaft entsteht auf Grund einer freien Vereinbarung der Beteiligten; diese übernehmen die gleiche Verantwortung und üben die gleichen Rechte aus. Der Zweck des Zusammenschlusses ist die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile.

Die Genossenschaftsbewegung ist das Bestreben, durch freie Vereinbarung wirtschaftliche Funktionen von Personen oder Personenvereinigungen, unter deren Verantwortung und Verechnung zwecks Erzielung wirtschaftlicher Vorteile einem gemeinschaftlichen Wirtschaftsbetrieb zu übertragen.

Wohin führt die Genossenschaftsbewegung in ihren letzten Konsequenzen?

Auch diese Frage wird eingehender behandelt. Eine genossenschaftliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist lediglich eine letzte Konsequenz des Genossenschaftsgedankens, die jedoch nur gezogen werden kann, wenn man voraussetzt, daß die genossenschaftliche Wirtschaftsform stets allen anderen Wirtschaftsformen überlegen ist. Dafür ist aber kein Beweis zu erbringen. Außerdem zeigen sich bei jeder wirtschaftlichen Entwicklungstendenz; die sie selbst aufhebenden Kräfte in Wirksamkeit. Zum Beispiel: Die kapitalistische Entwicklung hat zweifellos die Tendenz, die breiten Massen des Volks zu verelenden. Zugleich schafft sie aber das moderne Proletariat und dieses entwickelt in seinen Berufsorganisationen, den Gewerkschaften, Kräfte, die einerseits in direkten Lohnkämpfen, andererseits durch geeignete Unternehmenseinrichtungen der Tendenz der kapitalistischen Entwicklung zur Verelendung wirksam Widerstand leisten, vielleicht sie zur Überwindung. Auch bei der Genossenschaftsbewegung ist durch Stärkung des individualistischen Erwerbs- und Wirtschaftsbetriebs ein Gegengewicht geschaffen. Je weniger die wirtschaftliche

Ueberlegenheit der Genossenschaft vorhanden ist, um so mehr wird sie darauf beschränkt bleiben, Lücken in der großkapitalistischen Produktion und Distribution (Güterverteilung) auszufüllen. Ist die genossenschaftliche Ueberlegenheit in höherem Maße vorhanden, so wird sie vielleicht der großkapitalistischen Entwicklung sowohl ein wirksames Gegengewicht geben als auch sie ergänzen können. Erst die unbedingte und bleibende Ueberlegenheit der Genossenschaft würde sie — vielleicht in Verbindung mit Staats- und Gemeindebetrieben, die im Grunde ja Zwangs-genossenschaften der Einwohner sind — befähigen, einer zukünftigen Wirtschaftsordnung so lange ihr Gepräge aufzudrücken, bis sie vielleicht ihrerseits wieder von einer höheren wirtschaftlichen Form abgelöst wird.

Aber der Weg zu diesen Zielen kann noch viele Generationen dauern. Deshalb heißt es zum Schluß: „Als praktische Genossenschaftler haben wir uns mit beiden Füßen auf den Boden der Wirklichkeit und der gegenwärtigen Verhältnisse zu stellen und den genossenschaftlichen Wirtschaftsbetrieb so weit zu entwickeln als es möglich ist, durch ihn für die Beteiligten wirtschaftliche Vorteile zu erzielen. Das ist der Schwerpunkt und der Kern der Genossenschaftsbewegung. Auf dem Boden der praktischen wirtschaftlich genossenschaftlichen Tätigkeit, der zugleich auch der Boden des praktischen Christentums, der Nächstenliebe ist, können sich alle Volksgenossen ohne Unterschied der politischen Richtung oder der religiösen Ueberzeugung zu einträchtiger, fruchtbringender Arbeit vereinigen. Damit ist auch den Arbeitern mehr gedient, als wenn wir mit Hilfe der Genossenschaftsbewegung die soziale Frage lösen, proletarische Massenkämpfe führen oder den sozialistischen Zukunftsstaat eritreben wollten.“

Damit haben wir in den Grundrissen die Genossenschaftstheorie gekennzeichnet, wie sie von H. Kaufmann in dieser ausführlichen Weise wohl erstmalig dargestellt wird. In einem weiteren Kapitel werden wir über den gegenwärtigen Stand der Konsumgenossenschaftsbewegung sowie über die Stellung des Gewerkschaftlers zu den Genossenschaften einiges zu sagen haben.

Die Taktik der modernen Unternehmerorganisationen und die Gewerkschaften.

(Vortsetzung statt Schluß)

Die Taktik der Gewerkschaften im wirtschaftlichen Kampf wird von dem Grundsatz geleitet, mit möglichst geringen Mitteln einen möglichst großen Erfolg zu erzielen. Deshalb wird bei gewerkschaftlichen Angriffskämpfen mit möglichst Verzicht vorgegangen, es wird alles getan, um Angriffs-kämpfe räumlich zu beschränken, damit der Angriff um so kräftiger und mit um so größerer Aussicht auf Erfolg geführt werden kann. In der Zeit einer relativen Schwäche der Gewerkschaften erreichte man das durch partielle Bewegungen, durch den Einzelkampf der Gewerkschaft gegen einen einzelnen Unternehmer. Konzentrierte sich die ganze Kraft der Gewerkschaft auf eine oder wenige solcher partieller Bewegungen, so war es der Gewerkschaft verhältnismäßig leicht, in kurzer Zeit einen verhältnismäßig großen Erfolg zu erzielen. Dieser Einzelabschlagung der Unternehmer — wie die Unternehmerpresse diese Kampfsmethode nannte — wurde mit dem Erstarken der Unternehmerbewegung bald ein Ziel gesetzt. Denn so, wie die organisierten Arbeiter bei Maßregelung eines einzelnen Arbeiters folgen durch den Unternehmer die Sache des Gemäßigten zu der ihren machen, sich mit dem Gemäßigten solidarisch erklären, so machten die Unternehmer nun mit dem einzelnen betroffenen Unternehmer gleiche Sache und beantworteten den Einzelkampf mit entsprechenden Gegenmaßnahmen. Hier kam als Kampfmittel der Unternehmer zunächst die Arbeitsperre für streikende Arbeiter, später die Aussperrung in Betracht.

So, wie der Einzelkampf, richtiger: der partielle Streik, auf dem Grundsatz basiert, mit möglichst geringen Mitteln einen möglichst großen Erfolg zu erzielen, so verfolgt die Aussperrung den Zweck, die Kampffront der Gewerkschaften so zu verlagern, daß ein erfolgreicher Kampf der Arbeiter nicht mehr möglich ist. Die Aussperrung, die in früheren Jahren nur ganz vereinzelt zur Anwendung kam, ist in den letzten Jahren immer mehr zum wichtigsten Kampfmittel der Unternehmerorganisation geworden. Welche Bedeutung die Aussperrungen für den entscheidenden Kampf zwischen Arbeit und Kapital haben, erhellt allein aus der rapiden Steigerung der Aussperrungs-fälle in den letzten Jahren. Man bezeichnet nach der vorliegenden, über unvollständigen Ueberblick des Reichsarbeitsblatts, im Jahre 1900 50 Aussperrungen die 1905

Arbeiter betrafen), 1901 25 (5414), 1902 46 (10 205), 1903 70 (35 273), 1904 120 (23 760), 1905 254 (118 467), 1906 234 (53 209). Die Unternehmer geben bei ihren Aussperrungen durchaus systematisch vor. In den meisten Unternehmerorganisationen sind für die Aussperrungen feste Regeln geschaffen worden, wie es in den Gewerkschaften feste Streikregeln und reglements gibt. In Unternehmerkreisen sind alle möglichen Pläne zur besseren Durchführung und Systematisierung der Aussperrungen ausgearbeitet worden. Bekannt sind ja die eine Zeitlang angewandten Aussperrungen, die sich nur auf die einer bestimmten Organisation angehörenden Arbeiter beschränkten, die Projekte von Aussperrungen der Arbeiter nach Altersklassen, nach dem Alter usw. Von allen diesen feinsten ausgeklügelten Aussperrungsmitteln sind die Unternehmerorganisationen sehr bald abgekommen, wohl, weil sie zu unpraktisch sind. Vorwiegend werden Aussperrungen jetzt nur in Form von Rollausperrungen vollzogen. Herr Wend, einer der führenden Geister der Unternehmerbewegung, hat sich über die neuerlich angewandte Aussperrungstaktik im Gesamtsverband deutscher Metallindustrieller des ausführlichen geäußert. Er sagte da:

„Es hat keinen Zweck, darüber nachzuforschen, ob andere Aussperrungssysteme billiger oder wirksamer sind, weil sich keine Mehrheit für solche Aussperrungen finden wird. Man muß wenigstens für die nächsten Jahre, nur mit der Rollausperrung operieren, weil für diese anscheinend die große Majorität vorhanden.“

Anscheinend ist diese Taktik aus rein organisatorischen Rücksichten geboten. Bei den Teilausperrungen, wie sie früher immer empfohlen wurden, entzieht sich ein zu großer Teil der Unternehmer der Aussperrungspflicht, als daß solche Kämpfe noch wirksam geführt werden könnten. Herr Wend erkennt ja selbst an, daß man bei Aussperrungen bisher so viele Ausnahmen hat machen müssen, und daß man auch künftig mit dieser Tatsache rechnen müsse, so schlecht sie auch im Prinzip mit der Aussperrung sich verhalte. Deshalb will man Teilausperrungen künftig ganz vermeiden, um auf die an der Bewegung beteiligten Unternehmer besser einen Druck ausüben zu können, und man will Ausnahmen künftig nur unter Gegenleistungen unter Zahlung von fünf Vierteln des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes an die Unternehmerorganisationen gestatten, damit es in der Regel für die Firmen keinen Vorteil bringt, wenn sie von der Ausnahme Gebrauch machen. Ohne solche Gegenleistung werde die ganze Aussperrung sich in Ausnahmen verlieren. Das deutet nicht auf sonderlich viel Aktionslust im Unternehmerlager, und die Verpflichtung zu Gegenleistung für nichtausperrende Firmen im Interesse der aussperrenden trägt gewiß nicht dazu bei, um die Kampflust der Unternehmer zu heben.

Man gewinnt überhaupt aus dem ganzen Menschlichen Reflekt den Eindruck, als mache sich im Unternehmerlager schon eine gewisse Aussperrungsmüdigkeit bemerkbar. Darauf deutet auch der Vorschlag auf Steigerung der Streikentschädigung an die Unternehmer mit der größeren Zeitdauer eines Kampfes, um einer einzelnen befallenen Fabrik oder mehreren solcher eine längere Ausdauer im Kampfe zu verleihen und eine erfolgreiche Durchführung des Kampfes zu ermöglichen, ohne daß eine Aussperrung nötig ist:

„Es kann nämlich nicht in Frage kommen, daß wegen eines lang andauernden Streiks einiger 100, oder seien es selbst 1000 Arbeiter eine Gesamtausperrung durch den Gesamtverband erfolgen. Für derartige Aussperrungen würde sich keine Majorität im Ausblick des Gesamtverbandes finden. Andererseits darf man die angegriffenen Mitglieder auch nicht im Stich lassen, und so muß man ihnen eine reichliche Geldentschädigung gewähren, damit sie mit dieser Hilfe den Streit allein durchführen können.“

Auch bei größeren Streiks soll man nach Möglichkeit durch die verbesserte Streikunterstützung Hilfe zu bringen versuchen, und nur im äußersten Falle, gewissermaßen als die ultima ratio, die Gesamtausperrung in Anwendung bringen, „um den Kampf schnell zu Ende zu bringen“. Eine zu häufige Anwendung der Gesamtausperrung sei nicht zweckmäßig, „weil sonst die große Majorität der Unternehmer für solche Aussperrungen sich bald verlieren wird, und man außerdem in Konflikt mit der öffentlichen Meinung, den Parlamenten und den Regierungen geraten würde.“ Bezeichnend ist auch, daß Herr Wend dem Gesamtverband, der Aussperrungen bisher nur als Prinzipienkämpfe führte, empfiehlt, von diesem Standpunkte loszulassen und bei solchen Kämpfen mehr Zweckmäßigkeitsgründe entscheiden zu lassen.

Aus alledem spricht sehr viel Ernüchterung. Die Unternehmer beginnen nach und nach einzusehen, daß sie sich durch Aussperrungen weit mehr selbst schädigen, als sie dadurch den Arbeitern Schäden zufügen, und deshalb beginnen sie nach und nach einzulenken. Allerdings ist die Ernüchterung noch nicht allgemein, im Gegenteil, viele Unternehmerkreise gebärden sich schamloser als je. Und daß die nächste Zeit kein Abflauen der Aussperrungsbewegung bringen wird, ist ebenso sicher, wie, daß die jüngste Vergangenheit eine bedeutende Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe gebracht hat.

Eine hamburgische Verwaltungsbehörde für Beamten-willkür und gegen Arbeiterrecht.

In Sachen der gemäßigten Staatskaiarbeiter bringen wir einen zweiten Beitrag. Wir haben es nimmere nicht nur zu tun mit dem arbeiternahregelungsbeiliegenden Maidirektor Winter, sondern auch mit der zuständigen Behörde, der Deputation für Handel und Schiffahrt. Winter hat in seinem rücksichtslosen Vorgehen gegen die organisierten Arbeiter bei der genannten Behörde Hilfeleistung erhalten und — kaum zu glauben! — wird mancherorts gesagt werden — *W e l o b i g u n g* für braves Verhalten empfangen! Da es sich aber in den Arbeiterentlassungen um eine nachgewiesenermaßen ungerichte und brutale Maßregel handelt, Winter dabei hinterher zur Rechtfertigung seiner Sünden zu dem moralisch fragwürdigen Mittel griff, ihn die Behörde aber trotz alledem öffentlich als einen „Mitter ohne Furcht und Tadel“ gelten lassen möchte und sich in diesem Sinne für ihn einsetzt, es aber bekanntlich der Fluch der bösen Tat ist, daß sie fortzuehend Böses muß gebären, so mußte die Behörde mit in denselben Sündenpfuhl geraten. Dieser Fall — die Behörde ist tief gefallen! — muß schon aus kulturhistorischen Gründen auch in dem Organ der Gemeinde- und Staatsarbeiter festgehalten werden.

Der Artikel in der diesjährigen Nr. 23 der „Gewerkschaft“: „Der Hamburger Staatskaidirektor im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen“ enthält die Vorgeschichte und die ersten Stadien der letzten Arbeiternahregelungen im hamburgischen Staatskaibetrieb. Diese tatsachengemäße Darstellung zeigt die absolute Schutz- und Rechtslosigkeit der Kaiarbeiter. Winter regierte wie der Zar in Rußland. Zumal sein letzter Schlag gegen die Arbeiter gleich einem wohlgezielten tausenden Festschieß. Aber: Trud erzeugt Gegendrud. Dieses Naturgesetz setzte sich auch hier durch. Entrüstung flammte auf in der Schar der organisierten Staatskaiarbeiter. Viertausend organisierte Arbeiter ließen sich nicht allmählich meucheln.

Die Organisation der Staatsarbeiter sind wir, unser Verbund. Und wir organisieren den Kampf und werden diesen führen gegen Winter, bis er dem Arbeiter läßt, was des Arbeiters ist! Das soll auch die hier fragliche Behörde wissen.

Ein solcher Kampf wird die Sympathie aller Menschen finden, die die Rechtssphäre ihrer Mitmenschen achten. Wer der Allgemeinheit nützlich dient, hat Anspruch auf den Schutz der Gemeinde (nicht aufzufassen im politischen Sinne). Freilich dieses Recht sollen die Arbeiter nicht haben. Es soll ein Vorrecht der ökonomisch und durch Gesetz Bevorrechteten sein und bleiben. So will es die herrschende Klasse. Sie macht daraus kein Gebl. Das lehrt die Arbeiter von neuem jeder neue Kampf um das Recht der Arbeiter. Ganz gleich, aus welcher Veranlassung, und in welcher Form der Kampf geführt wird. Nur gering ist die Zahl derjenigen Angehörigen der herrschenden Klasse, die auch den Arbeitern wenigstens ein Teilrecht lassen will. Im übrigen ist die Arbeiterklasse auf ihre eigene Kraft angewiesen. Ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen sind ihre Wehr und ihr Schutz.

Diese Wahrheit ist auch durch den bisherigen Verlauf unserer Sache wieder erhärtet worden. Unsere öffentliche Kritik der arbeiternahregelungsbeiliegenden Maßregeln des Maidirektors hat in den — um das Staatsruder — sitzenden — bürgerlichen Kreisen nur ein schwaches Echo gefunden. In der Bürgerschaft (gehobene Vermählung des hamburgischen Staates) sind eigentlich nur die Sozialdemokraten nachdrücklich eingetreten für die gemäßigten Kaiarbeiter.

In der Bürgerschaftssitzung am 15. Mai d. J. brachte der Genosse Emil Fischer die Arbeiternahregelungen der Kaiarbeiter zur Sprache. Er richtete an die bürgerlichen Mitglieder der Deputation für Handel und Schiffahrt die Anfrage, ob der Behörde bekannt sei, daß der Maidirektor die Lohnkommission der Staatskaiarbeiter entlassen habe, ob die Behörde diese Maßregel billige, und was die Behörde zu tun gedenke, das Petitionsrecht der Kaiarbeiter sicherzustellen. Herr Cisse antwortete: „Die Behörde billigt das Vorgehen des Herrn Maidirektors“. Herr Dr. Vraband (liberal) erklärte dagegen, er halte das Verhalten des Maidirektors nicht für gerechtfertigt. Er bedauere den Standpunkt der Behörde. Die Genossen Aicher und Hoffmann kritisierten in scharfer Weise die unbillbaren Mißstände in Arbeiterangelegenheiten bei der Kaiverwaltung. Hoffmann betonte: Hier gilt das Wort Brentanos: Die Arbeiter haben das Koalitionsrecht, gebrauchen sie es, werden sie bestraft.

Am 5. Juni interpellierte Genosse Fischer in der Bürgerschaft der entlassenen Kaiarbeiter wegen zum zweiten Male. Anfrage und Antwort lauteten:

Fischer: „Als ich vor einigen Wochen eine Anfrage wegen des Grundes der Entlassung von drei Kaiarbeitern gestellt habe, erklärte Herr Cisse, der Grund liege in der bewußten Ueberschreitung der Diensthörung, weil sie eine Eingabe an die Deputation für Handel und Schiffahrt richteten und nicht den vorgeschriebenen Weg an den Vorstand des Arbeitervereins gegangen seien. Nun hat sich aber herausgestellt, daß der Vorstand die Eingabe an den Maidirektor weitergegeben, dieser sich aber geweigert

hat, sie anzunehmen. Der Maidirektor hat sich also einer bewußten Ueberschreitung der Dienstordnung schuldig gemacht, denn diese schreibt die Weitergabe von Eingaben an die Deputation für Handel und Schifffahrt vor. Da die Arbeiter wegen Verstoßes gegen die Dienstordnung entlassen wurden, so müßte nun auch Herr Maidirektor Winter entlassen werden. Ich frage an, ob die Deputation für Handel und Schifffahrt diese bewußte Mißachtung der Dienstordnung durch den Maidirektor billigt."

Herr Cisse: „Ich habe meinen früheren Ausführungen nichts hinzuzufügen. Noch nie ist das Verhältnis zwischen Arbeitern und Verwaltung so gut gewesen, wie unter dem jetzigen Maidirektor. Wir müssen alles tun, um dieses gute Verhältnis mit den Arbeitern aufrecht zu erhalten. Die berechtigten Wünsche der Arbeiter sollen nach Kräften erfüllt werden, aber die Arbeiter müssen auch geübt werden gegen eine Agitation, die von außen kommt. Im „Echo“ und in einem Flugblatt wurde diese Angelegenheit in den stärksten Ausdrücken behandelt. Das Gesuch ist dem Maidirektor gar nicht vorgelegt worden, weil der Vorstand des Affordarbeiterkorps sich sagte, daß diese Forderungen unberechtigt seien. Damit erledigt sich die Prämisse, und alle Schlußfolgerungen des Herrn Fischer fallen in sich zusammen.“

Auf diese Auskunft an die Bürgerschaft antworteten wir in der hiesigen Tagespresse:

**Offener Brief
an Herrn Cisse, Mitglied der Bürgerschaft.**
Ehrer geehrter Herr!

Nach den übereinstimmenden Berichten der hiesigen Tagespresse über die letzte Bürgerschaftssitzung — den hienographischen Bericht konnten wir leider noch nicht erhalten — haben Sie in Ihrer Verantwortung in Sachen der wegen angeblicher Uebertretung der Dienstordnung für Affordarbeiter der Maidverwaltung entlassenen Arbeiter Schleich und Wendt gestellten Anfrage des Herrn Emil Fischer die Erklärung abgegeben: „Der Vorstand des Affordarbeiterkorps hat die Eingabe dem Maidirektor gar nicht vorgelegt, weil der Vorstand sich sagte, daß die in der Eingabe erhobenen Forderungen unberechtigt seien. Die den Arbeitern von ihrem Vorstände erteilte Antwort ist durchaus zutreffend. Damit erledigt sich die Prämisse, und alle Schlußfolgerungen des Herrn Fischer fallen in sich zusammen.“

Auf diese Erklärung erlauben wir uns, folgendes zu erwidern: Ihre der Bürgerschaft erteilte Auskunft entspricht nicht den Tatsachen. Das Gegenteil ist wahr!

Der wirkliche Sachverhalt liegt folgendermaßen:

Der Vorstand (Oberarbeiter) der Affordarbeiter ist der Lohn-Eingabe wegen zu einer Sitzung zusammengetreten und es wurde der Beschluß gefaßt, die Eingabe an die Behörde weiterzugeben. Mit der Ausführung dieses Beschlusses wurde der im Vorhinein dienstälteste Oberarbeiter, der auch im übrigen als Obmann des Vorstandes fungiert, beauftragt. Gerlach, so der Name des Obmannes, brachte nun die Eingabe zunächst zur Kenntnisnahme des Herrn Betriebsinspektors Schmidt. Sodann begab sich der Obmann zu dem Direktor Winter. Nachdem der Obmann dem Herrn Direktor mit dem Zwecke seines Erscheinens bekannt gemacht, sagte der Herr Direktor im wesentlichen folgendes: „Die Sache kenne ich schon. Damit bleiben Sie weg. Die Eingabe kann ich nicht weitergeben. Ueber die aufgestellten Forderungen lasse sich ja allerdings reden. Ich werde den Arbeitern nicht, daß sie mehr Lohn haben wollen. Auch über die Verkürzung der Arbeitszeit kann man verhandeln. Wegen den Sommerurlaub bin ich ebenfalls nicht. Und wenn die Arbeiter den Arbeiterauschuß verbeistehen wollen, so läßt sich auch darüber sprechen. Aber die Arbeiter verlangen, in den Sitzungen des Arbeiterauschusses sollen die Gewerkschaftsführer zugegen sein können. Darauf kann ich nicht eingehen. Die Sozialdemokraten würden hier große Reden halten, und wohin sollte das führen.“ Auf die Frage des Obmannes: „Herr Direktor, welche Antwort soll ich den Arbeitern denn nun erteilen?“ antwortete der Direktor: „Reinetwegen antworten Sie, was Sie wollen, das ist mir einerlei. Nur bleiben Sie mir mit der Geschichte vom Leibe.“ Der Obmann ging und erteilte den Arbeitern die wahrheitswidrige Antwort, „der Vorstand bedauere, nach gegebenen Umständen“ die Eingabe nicht weitergeben zu können. Daraus läßt sich nichts anderes herauslesen, als daß der Vorstand von sich aus die Eingabe nicht befördern wolle. So haben auch Sie, Herr Cisse, in der Bürgerschaft berichtet, und die Bürgerschaft hat Ihnen geglaubt, was die Ausführungen des Herrn Dr. Prabad beweisen: „Ich bin überzeugt, die Eingabe hat den Herrn Maidirektor nicht erreicht.“

Wir gestatten uns, die Frage aufzuwerfen: Wie ist es nur möglich, daß ein bürgerschaftliches Mitglied der Deputation für Handel und Schifffahrt so schlecht unterrichtet wird über eine Angelegenheit, die es in der Bürgerschaft vertreten will? Denn dies wird doch den nachgeordneten Verwaltungsstellen bekannt gewesen sein. Unwillkürlich drängt sich die weitere Frage auf: Wer trägt die Schuld? Daß Sie, Herr Cisse, in gutem Glauben berichtet haben, bedarf für uns keines Beweises. Woher bezogen Sie aber Ihre Informationen? Aus den Akten der Maidverwaltung, ohne erklärende und ergänzende Mitteilungen der in Frage kommenden Verwaltungsorgane? Dann werden diese Akten ja sicher nichts

darüber enthalten, daß und aus welchen Gründen der Maidirektor die ordnungsmäßig an die Deputation für Handel und Schifffahrt gerichtete Eingabe der Maidarbeiter zurückgewiesen hat. Das ist in diesem Falle aber eine Merkwürdigkeit! Entweder haben die verantwortlichen Verwaltungsstellen die notwendigen Eintragungen aus Nachlässigkeit oder gar absichtlich unterlassen, oder die Angelegenheit der dreitausend Mann starken Maidarbeiterschaft werden so viel Beachtung überhaupt nicht gewürdigt; das letztere wäre so bezeichnend wie das letztere. Sollten Sie aber von den leitenden Verwaltungsbeamten persönlich informiert worden sein, vielleicht gar von dem Herrn Maidirektor, so bliebe nur eine Schlußfolgerung übrig. —

Für dem aber auch sei. Auf jeden Fall steht Ihre in der Bürgerschaft erteilte Auskunft mit der Wahrheit in Widerspruch. Unsere Darstellung des Sachverhalts entspricht den Tatsachen. Und unsere Gewährsmänner würden unsere Angaben gegebenenfalls bezeugen!

Zu Ihnen, Herr Cisse, haben wir das Vertrauen: Sie werden nunmehr gewiß gern bereit sein, eilends Ihren Irrtum in der Bürgerschaft zu berichtigen.

Für uns ist die Angelegenheit von größter Bedeutung. Wir betrachten die Sache als Ganzes. Und da handelt es sich um folgendes: Wir sind die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter des hamburgischen Staates. Viertausend dieser Arbeiter sind unsere Mitglieder. Aus diesem Grunde liegt unser Interesse an der Sache der sich aus ihr ergebenden möglichen Konsequenzen wegen folgenderweise:

1. Die Maßregelung der Staatskaiarbeiter war ein Vorstoß gegen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter als solcher. Darüber wird mit uns kein denkender und vorurteilsfreier Mensch im Zweifel sein. Soll aber den Arbeitern des hamburgischen Staates das Koalitionsrecht in der Praxis unmöglich gemacht werden? Dieses Arbeiter- und Grundrecht, dieses den Arbeitern geschichtlich eingeräumte Recht können die Staatsarbeiter sich nicht nehmen lassen!

2. Die Staatskaiarbeiter sind einer Pagatelle wegen entlassen worden. Schleich war 7 Jahre im Dienste, Groth 6 Jahre. Wenn die Existenz der Staatsarbeiter so wenig gesichert ist, wenig dagegen etwas geschehen, ein Verlangen, daß jeder gerecht oder auch nur menschlich Empfindende als selbstverständlich gelten lassen wird. Und von uns verlangen die Staatsarbeiter, daß wir in dieser Hinsicht für sie eintreten. Eben deshalb organisieren die Arbeiter sich.

3. Auf unsere die Maßregelung der Maidarbeiter betreffende Publikation in hiesigen Tagesblättern hat Herr Fischer sich mit seiner Anfrage zweifellos geäußert. Unsere Publikation steht aber mit Ihrer in Rede stehenden Erklärung in Widerspruch. Entweder müssen Sie, Herr Cisse, oder wir öffentlich falsch berichtet haben. Ob aber dies oder jenes zutrifft, kann uns durchaus nicht gleichgültig sein. Daß darüber volle Klarheit geschaffen wird, sind wir unserer Mitglieder, der Staatsarbeiterschaft, schuldig.

Sie, Herr Cisse, werden uns nachfühlen können, daß die Sache in ihrem gegenwärtigen Stadium für uns nicht endgültig abgetan sein kann.

Achtungsvoll

Die Geschäftsstelle des Staats- und Gemeindegewerkschaftsverbandes,
Gewerkschaftshaus.

In der Bürgerschaftssitzung am 12. Juni spielte sich folgendes Intermezzo ab:

Fischer: Anlässlich der Krankenhausaffäre warf Herr Windmann die Frage auf, wie es möglich sei, von den Behörden wahrheitsgetreue Auskunft zu erhalten. Wie notwendig eine solche ist, beweist die Antwort, welche Herr Cisse auf meine Anfrage in letzter Sitzung erteilt hat. Er behauptete, der Affordarbeitsvorstand habe die Eingabe der Arbeiter gar nicht an den Maidirektor weitergegeben. Ich habe die Sache genau und vorichtig untersucht und festgestellt, daß der Vorstand in einer Sitzung beschlossen hat, die Eingabe weiterzugeben und den Obmann Gerlach damit betraut. Direktor Winter hat jedoch abgelehnt, sie anzunehmen. Es ist auch öffentlich behauptet worden, daß Herr Cisses Erklärung den Tatsachen widerspreche. Ich frage Herrn Cisse, ob er geneigt ist, das hier richtig zu stellen.

Cisse: Sie kennen alle den offenen Brief des bekannten Autors Schönberg, in welchem die Darstellung enthalten ist, welche Herr Fischer gab. Die fragliche Unterredung hat stattgefunden (Hört! hört!), aber erst, als hier die Interpellation und damit für alle Beteiligten die ganze Sache erledigt war. (Hört! hört!) Herr Schönberg, das wissen Sie auch, läßt seiner Phantasie sehr die Zügel schiefen. (Zuruf: Eppendorf!) Die Deputation hält einmütig die Wünsche der Arbeiter für unbillig. Von meiner früheren Erklärung habe ich nichts zurückzunehmen. Herr Winter ist ein braver, ferndeutscher Beamter! (Bravo!) Auch der Staat hat das Recht, ohne Angabe von Gründen zu kündigen. Herrn Schönbergs (Weschaft) ist es, die Staatsarbeiter unzufrieden zu machen. (Murr.)

Fischer beantragt Besprechung; der Antrag wird abgelehnt. (Bravo!)

Darauf sagt mit Recht das „Hamburger Echo“ in seiner Ausgabe am nächsten Tage unter „Hamburger Bürgerschaft“:

„Die mit der Wahrheit im Widerspruch stehende behördliche Auskunft des Herrn Eiffe auf die Interpellation in voriger Sitzung wegen der Eingabe der Mitarbeiter brachte Fischer gestern zur Sprache. Er wies nach, daß die Eingabe auf Beschluß des Vorstandes des Affordarbeiterkorps durch dessen Obmann dem Maidirektor Winter überreicht worden ist, der die Annahme und Weiterbeförderung der Eingabe aber ablehnte. Die Sache liegt also genau so, wie Herr Fischer sie in voriger Sitzung dargelegt hat, während Herr Eiffe behauptete, die Eingabe sei nicht an den Maidirektor weitergegeben, sondern aus eigenem Entschluß des Vorstandes des Affordarbeiterkorps zurückgewiesen worden. Herr Eiffe besaß die Edele Freigiebigkeit, seine unwahren Behauptungen auch gestern noch aufrecht zu erhalten, allerdings in eingeschränktem Maße, obgleich er nicht mitande war, die Tatsachen zu wiederlegen. Denn seine Einrede, die Eingabe sei erst nach dem 15. Mai zwischen dem Obmann des Vorstandes des Affordarbeiterkorps und dem Maidirektor Winter besprochen worden, besagt für Herrn Eiffes Behauptungen gar nichts, da es sich um die falsche Auskunft handelt, die Herr Eiffe am 5. Juni gegeben hat, also zu einer Zeit, wo die Besprechung längst stattgefunden hatte, während Herr Eiffe bestritt, daß der Maidirektor Kenntnis von der Eingabe erhalten habe. Herr Eiffe hat also mit seiner Einrede lediglich die Wahrheitswidrigkeit seiner Auskunft erwiesen. Leider fehlten bei der Unterstützung des Antrages auf Besprechung 3 Stimmen an der erforderlichen Stimmenzahl, so daß es nicht möglich war, Herrn Eiffes unwahre Behauptungen nochmals ausdrücklich festzumachen und festzustellen, daß wieder einmal von behördlicher Seite der Bürgerschaft wahrheitswidrige Auskunft erteilt worden ist. Von den Vereinigten Liberalen stimmten die Herren Dr. Wer und Sen gegen den Antrag auf Besprechung und halfen so Herrn Eiffe aus der Klemme.“

Staatskaidirektor Winter am Pranger! lautete die Tagesordnung einer öffentlichen Mitarbeiterversammlung, die am Sonntag, den 9. Juni, im „Mothenburgsorter Tivoli“ tagte. Kollege Schönberg war beauftragt, mit dem Maidirektor abzurechnen. Diesen Auftrag führte er gewissenhaft aus. Seine Ausführungen stützten in folgenden Zeitfakten: 1. Die gemäßigtesten Mitarbeiter sind unerschuldigt entlassen. Nicht sie haben die „Dienstformung“ übertreten, sondern Winter hat sich dieser Hebertretung schuldig gemacht. 2. Alle anderen gegen die Gemäßigtesten erhobenen Vorwürfe sind wahrheitswidrige Unterstellungen oder maßlose und gewissenlose Hebertreibungen. 3. Das gegenwärtige System der Arbeitervertretung am Staatskai ist ein Scheinrecht und führt zur Korruption. 4. Winter ist mitschuldig der Anwendung von Unwahrheiten gegen die Mitarbeiter. 5. Winter und seine vorgesetzte Behörde wollen Arbeiter-losigkeit, wir Arbeiterrecht und Arbeiterfreiheit. Darstellung und Kritik waren derartig, daß der Referent gegen Schluß, sagen durfte: So steht der Maidirektor nun schuldbehaftet da. Sein System der Einrichtungen für Arbeiterangelegenheiten ist sämtlich zusammengebrochen; seine vorgeschriebene Arbeiterbehandlung zeigt die Mauer der des grauen Voralters in modernem Gewande; subjektiv erfährt er selbst in einem trüben Lichte.

Gleich Winter ist auch die Deputation für Handel und Schifffahrt blutig. Sie wollte den schuldigen Direktor frei ausgehen lassen, dagegen sollten die unerschuldigen Arbeiter büßen. Ihren Willen hat sie vollstän- dig durchgesetzt. Aber um welchen Preis?! Sie hat sich öffentlich um allen moralischen Kredit gebracht. Arbeiterdrangsalierung großen Stils kann man heutzutage nicht mehr ungestraft betreiben.

Die Lohnpolitik der Kieler Stadtverwaltung.

Unsere städtischen Kollegen haben sich seit einigen Jahren schon recht viel mit der Lohnfrage beschäftigt. Hierzu hat ganz selbstverständlich die allgemein herrschende Meinung ihr gut Teil beigetragen. Kiel gehört aber außerdem zu den Städten, in denen man am teuersten lebt. Teilens der Militär- und Marinebehörden ist Kiel in die höchste Preisstufe eingereiht, also Preisweis genug, um zu erkennen, daß auch für die Arbeiter am dortigen Plage die Ausgaben sehr hoch sind und die Einnahmen dann natürlich gleichfalls entsprechend sein müssen. Vexieres traf für die städtischen Arbeiter bisher freilich nicht zu. Auf wiederholtes Drängen hat man zwar im Vorjahre einigen Arbeiterkategorien Lohnzulage gewährt, das Gros der städtischen Arbeiter ist dabei jedoch lebend weggekommen oder ganz unberücksichtigt geblieben. Die Kollegen haben deshalb zu Anfang dieses Jahres ihre Wünsche wiederholt geltend gemacht und durch die Arbeiterausschüsse heftige Lohnkämpfe einleiten lassen. Prinzipiell hat der Stadtrat auch die Notwendigkeit einer Lohnaufbesserung anerkannt, die praktische Durchführung hat aber bis heute auf sich warten lassen.

Anschließend hat sich der städtischen Arbeiter Kiels eine große Unruhe und Erregung bemächtigt, in mehreren Betrieben herrschte sogar echte Kampfessituation. Durch Eingreifen der Organisationsleitung ist es nun gelungen, den Aufruhr ersterer Monstrie vorläufig hintanzuhalten. Der Magistrat der Stadt Kiel lehnt es zwar ab, die Organisation, als Vertreterin der städtischen Arbeiter, an-

zuerkennen — man will nur mit seinen Arbeiterausschüssen verhandeln —, beifügungsgachtet hat jedoch die Verhandlungseligkeit getan, was im Interesse der Erhaltung des Friedens lag. Andererseits ist nicht gleiches mit gleichem vergolten worden. Im Kieler Stadthaus verlangt man ja von den Arbeitern eine größere Entfugung und Ueberwindung als von anderen Gesellschaftsklassen, wenigstens kann die Drohung eines Stadtrates, „bei vielem Gekrei durch Versammlungsreden usw. werde noch weniger erreicht als sonst, große Hoffnungen solle man sich überhaupt nicht machen,“ gar nicht anders verstanden werden. Trotz alledem bewahrten die Kollegen ihre Ruhe. Die jetzige Stellungnahme der organisierten Kollegen Kiels war eben durch die derzeitigen Verhältnisse geboten. In zwei Vertrauensmännerversammlungen und einer allgemeinen Versammlung gelangte sie zur Festlegung. Eine Kommission von 4 Mann war beim Oberbürgermeister Fuß vorstellig geworden. Sie wurde aber, nach kurzer Aussprache über die rechtliche Seite der Vertretung, vom Oberbürgermeister, unter Hinweis auf den betreffenden Magistratsbeschuß, abgewiesen und dann im Weisem zwei Stadträte nur das eine Mitglied des Arbeiterausschusses gehört. Diesem hat man erklärt, daß bis zum 1. Juli d. J. etwas Bestimmtes zu erwarten sei, er möge nur für Ruhe und Besonnenheit unter den Kollegen sorgen. Andere Zulagen sind also auch dem Vertreter der Arbeiterausschüsse nicht gegeben worden.

Zur besseren Klärung der Sachlage sei jedoch noch gesagt, daß die Löhne der städtischen Handwerker und Arbeiter Kiels weit hinter den in der Privatindustrie gezahlten zurück stehen. Die städtischen Betriebe haben mit einer ungemein starken Fluktuation der Arbeiter zu rechnen. Die Arbeiterausschüsse sind daher selten komplett. Der vor nicht langer Zeit erst gewählte Arbeiterausschuß der Licht- und Wasserwerke hat jetzt anstatt 7 Mitglieder und 7 Ersatzleute deren bloß 4 resp. 5. Für diese Werte besteht auch noch die 12stündige Schicht, welche den Arbeitern natürlich keine Freude macht. Bei der Straßentreinigung ist für Tag- und Nachtschicht längere Arbeitszeit wie in anderen Städten. Der Mindestlohn geht bis auf 3,40 M. herunter. Viel darf dabei aber nicht mit gleich großen, sondern nur mit den teuersten Großstädten verglichen werden, da, wie schon eingangs erwähnt, die Lebensmittel und Wohnungsmieten hier mit am höchsten im Preise von allen deutschen Städten stehen. Nach der Aufstellung einiger Kollegen über ihre Einnahmen und Ausgaben haben sie mit ihrer Familie, trotz äußerster Einschränkung, immerhin 1100 bis 1200 M. verbraucht, ihre Einnahmen waren hingegen um circa 100 M. niedriger, so daß sie ihre Frauen mitarbeiten lassen oder Schulden machen mußten. Lohnverhöhnungen sind deshalb wohl am Plage. Die Kollegen wollen aber nicht mehr betrübt sein, sondern bald etwas Greifbares sehen. In einer am 1. Juni abgehaltenen und von annähernd 600 Personen besuchten Versammlung wurde daher, nach einem Referat des Stell. A. o. b. s. Berlin und nach lebhafter Diskussion, nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 1. Juni im „Kolozeum“ tagende von ca. 600 Personen besuchte Versammlung städtischer Arbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Anwesenden sind mit den Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters, hinsichtlich der Verantwortung der Eingabe durch die Arbeiterausschüsse bis zum 1. Juli d. J. vorläufig zufrieden gestellt. Sie beauftragen jedoch die Organisationsleitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter nach dieser Zeit alles zu tun, um dem Verlangen der Arbeiter, nach besserer Existenz, in entsprechender Weise Geltung zu verschaffen.“

Die hier gezeichnete Lohnpolitik der Stadt Kiel ist eben alles weniger wie fortschrittlich. Wenn auch anerkannt werden muß, daß in jüngster Zeit hinsichtlich der Arbeitersfürsorge so manches getan worden ist, so darf doch nicht vergessen werden, daß die Lohnfrage bei allen gegen Entgelt beschäftigten Personen stets im Vordergrund des Interesses steht. Die städtischen Arbeiter Kiels verlangen in erster Linie einen Minimallohn von 3,80 M., Einführung des Achtstundentages für Schichtarbeiter, und des Neunstundentages für alle übrigen Arbeiter, sowie ferner die Durchführung einer Lohnskala und entsprechende Lohnverhöhnungen für alle Kollegen, mit rückwirkender Kraft bis Anfang des Jahres und unter Ausscheidung der bisherigen Dienstzeit. Mit Beginn des nächsten Monats soll zur Antwort des Magistrats erneut Stellung genommen werden. Bis dahin ist hofentlich Magistrats mit seinen Berechnungen und Erwägungen fertig, damit die Arbeiter nicht wieder leer ausgehen.

Brief aus Frankfurt a. M.

Von all den Städten, welche Anspruch darauf erheben, daß sie ihren Arbeitern Löhne zahlen, mit denen dieselben ein auskömmliches Dasein führen können und auch in sozialpolitischer Beziehung alles das gewahren, was für das Wohl der Arbeiterschaft notwendig ist, wird immer die Stadt Frankfurt am Main von ihren Konkurrenten als an der Spitze vorrückend hingestellt. In doch dieser Stadt schon bekannt geworden durch ihren Sozialpolitisch-treibenden Oberbürgermeister, Frankfurt war es auch, welches mit der Gewährung von Mietzulagen an die städtischen Arbeiter voranging. Nach diesen Neuzuschüssen urteilend, mühte man

Einnahmen und Ausgaben der Filialen respektive größerer

Laufende Nummer	Filiale	Bei der Hauptklasse eingegangen am	Einnahme																		
			Bestand bei der letzten Abrechnung		Eintrittsgelder für männliche Mitglieder		Eintrittsgelder für weibliche Mitglieder		Wochenbeiträge für männliche Mitglieder		Wochenbeiträge für weibliche Mitglieder		Wochenbeiträge für pensionierte Mitglieder		Ergänzungen der Filialen		Sonstige Einnahmen		Summe der Einnahme		
			RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	RM.	PF.	
1	Bamberg	9. 4. 07	42	24	—	50	—	—	261	10	—	—	—	—	—	—	—	—	803	94	
2	Bamberg	15. 4. 07	161	60	—	—	—	—	334	25	—	—	—	—	—	—	—	—	607	20	
3	Bamberg	15. 4. 07	216	12	4	50	—	—	357	35	—	—	—	—	—	—	—	—	679	27	
4	Bamberg	8. 4. 07	—	—	—	—	—	—	47	35	—	—	—	—	—	—	—	—	77	80	
5	Bamberg	30. 3. 07	—	—	8	50	—	—	69	30	—	—	—	—	—	—	—	—	63	95	
6	Bamberg	23. 4. 07	6350	96	334	50	6	—	20216	30	186	25	64	85	2813	55	719	01	30700	42	
7	Bamberg	16. 4. 07	155	39	2	—	—	—	211	05	—	—	—	—	—	—	—	—	368	44	
8	Bamberg	19. 4. 07	33	86	—	—	—	—	267	40	—	—	—	—	—	—	—	—	303	25	
9	Bamberg	12. 4. 07	1589	29	32	—	—	—	2739	60	—	—	3	—	—	—	—	—	4163	89	
10	Bamberg	11. 4. 07	1319	35	16	—	—	—	1684	30	—	—	—	—	901	80	100	—	4020	95	
11	Bamberg	15. 5. 07	—	—	2	50	—	—	265	40	—	—	2	25	7	75	18	20	324	10	
12	Bamberg	19. 4. 07	256	07	22	50	—	25	665	35	1	50	5	70	96	20	—	—	1047	57	
13	Bamberg	15. 4. 07	103	72	6	—	—	—	518	—	—	—	—	—	—	—	5	60	633	32	
14	Bamberg	27. 4. 07	672	67	62	50	—	—	1925	55	—	—	—	—	153	30	96	20	2910	31	
15	Bamberg	16. 4. 07	21	58	2	50	—	—	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	61	06	
16	Bamberg	15. 4. 07	1191	86	61	—	—	1	525	75	55	25	14	55	2383	15	533	29	20231	85	
17	Bamberg	20. 4. 07	155	43	7	—	—	—	533	75	—	—	1	50	76	25	6	—	779	86	
18	Bamberg	20. 4. 07	25	27	—	—	—	—	34	30	—	—	—	—	—	—	—	—	59	57	
19	Bamberg	17. 4. 07	—	—	46	—	—	—	296	55	—	—	—	—	—	—	—	—	442	55	
20	Bamberg	16. 4. 07	82	01	22	—	—	—	515	80	—	—	1	50	73	70	75	40	1076	51	
21	Bamberg	17. 4. 07	88	46	4	50	—	—	292	50	—	—	—	—	3	20	6	40	284	41	
22	Bamberg	15. 5. 07	—	—	26	—	—	—	68	25	—	—	—	—	—	—	—	—	68	51	
23	Bamberg	20. 4. 07	372	75	24	50	—	—	1326	30	—	—	4	50	214	60	—	10	1852	75	
24	Bamberg	10. 4. 07	559	51	2	50	—	—	403	75	—	—	—	—	—	—	1	80	947	46	
25	Bamberg	15. 4. 07	553	39	1	—	—	—	659	45	—	—	9	—	—	10	8	60	1231	54	
26	Bamberg	3. 4. 07	28	77	4	50	—	—	48	30	—	—	—	—	—	—	—	1	82	97	
27	Bamberg	10. 4. 07	—	—	14	50	—	—	38	50	—	—	—	—	—	—	—	—	53	—	
28	Bamberg	12. 4. 07	120	19	11	—	—	—	259	60	—	—	—	—	—	—	—	—	439	79	
29	Bamberg	2. 5. 07	225	74	2	50	—	—	151	20	—	—	—	—	70	—	5	60	385	74	
30	Bamberg	15. 4. 07	75	72	5	50	—	—	219	10	—	—	1	50	—	—	8	80	310	62	
31	Bamberg	15. 4. 07	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	95	
32	Bamberg	16. 5. 07	39	40	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	15	7	40	440	05	
33	Bamberg	2. 5. 07	7012	85	190	50	5	—	1371	25	90	50	29	40	582	15	192	50	2754	15	
34	Bamberg	8. 4. 07	59	67	1	—	—	—	159	30	—	—	—	—	—	—	—	—	221	97	
35	Bamberg	9. 4. 07	173	01	14	50	—	—	236	35	—	—	3	25	—	—	—	14	50	852	21
36	Bamberg	17. 4. 07	288	80	9	50	—	—	382	—	2	75	—	—	—	—	—	—	680	05	
37	Bamberg	26. 3. 07	472	82	9	—	—	—	494	90	45	—	—	—	—	—	163	30	1191	27	
38	Bamberg	30. 3. 07	6	30	2	—	—	—	34	60	—	—	—	—	—	—	—	—	43	53	
39	Bamberg	12. 4. 07	52	07	14	50	—	—	381	15	—	—	—	—	—	—	—	—	474	02	
40	Bamberg	16. 4. 07	95	62	32	—	—	—	155	75	—	—	—	—	210	85	115	30	2579	12	
41	Bamberg	12. 4. 07	536	61	40	50	—	—	1217	95	—	—	—	—	—	—	—	—	1825	06	
42	Bamberg	19. 4. 07	1280	58	8	—	—	—	2178	80	84	75	1	50	314	60	284	73	4112	96	
43	Bamberg	15. 4. 07	8	47	—	—	—	—	9	10	—	—	—	—	—	—	—	—	12	57	
44	Bamberg	6. 5. 07	219	69	3	50	—	—	187	20	—	—	—	—	—	—	—	—	732	29	
45	Bamberg	10. 4. 07	914	66	9	50	—	—	1333	10	—	—	3	25	18	15	48	80	75	21	
46	Bamberg	25. 4. 07	375	83	22	—	—	25	1210	10	—	—	—	—	8	10	—	—	1658	98	
47	Bamberg	5. 4. 07	949	51	40	50	—	—	3490	55	78	25	2	10	75	10	161	25	4786	61	
48	Bamberg	27. 4. 07	21	92	20	50	—	—	1673	55	73	—	—	—	5	40	10	40	1191	37	
49	Bamberg	15. 4. 07	2389	65	83	—	18	50	4939	85	183	—	—	—	705	15	135	38	8442	28	
50	Bamberg	9. 4. 07	14	80	3	—	—	—	69	50	—	—	—	—	—	—	—	—	84	40	
51	Bamberg	5. 4. 07	31	16	—	50	—	—	91	45	—	—	—	—	—	—	—	—	125	11	
52	Bamberg	2. 5. 07	531	67	12	—	—	—	589	45	—	—	—	—	4	50	84	55	1237	37	
53	Bamberg	16. 4. 07	68	41	5	—	—	—	286	85	—	—	—	—	—	—	—	—	309	81	
54	Bamberg	16. 4. 07	22	15	3	—	—	—	54	25	—	—	—	—	—	—	—	—	79	40	
55	Bamberg	30. 4. 07	14	10	1	—	—	—	42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	57	10	
56	Bamberg	2. 5. 07	49	21	6	—	—	—	172	90	—	—	—	—	24	70	—	—	263	01	
57	Bamberg	21. 5. 07	33	89	8	50	—	—	245	70	—	—	—	—	6	20	—	—	284	19	
58	Bamberg	9. 4. 07	—	—	10	—	—	—	31	15	—	—	—	—	—	—	—	—	41	55	
59	Bamberg	30. 5. 07	—	—	—	—	—	—	24	15	—	—	—	—	—	—	—	—	24	15	
60	Bamberg	2. 5. 07	—	—	—	—	—	—	51	45	—	—	—	—	—	—	—	—	10	85	
61	Bamberg	15. 4. 07	3	20	—	—	—	—	10	85	—	—	—	—	—	—	—	—	54	65	
62	Bamberg	29. 4. 07	15	52	4	—	—	—	210	70	—	—	—	—	—	—	—	—	220	—	
63	Bamberg	9. 4. 07	93	45	3	—	—	—	161	35	—	—	—	—	—	—	—	—	257	28	
64	Bamberg	27. 4. 07	13	20	6	50	—	—	87	15	—	—	—	—	—	—	—	—	106	85	
65	Bamberg	8. 4. 07	338	20	5	—	—	—	810	60	—	—	—	—	1	80	22	75	69	80	
66	Bamberg	13. 4. 07	195	98	19	50	1	75	1525	35	15	75	—	—	218	05	21	40	1969	51	
67	Bamberg	—	4	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	30	
68	Bamberg	6. 5. 07	3944	44	51	50	—	—	4416	65	—	—</									

Einzel-Mitgliedschaften im 1. Quartal 1907 (1. Januar bis 31. März 1907).

Ver- waltung	Ausgabe														Zahl der Mitglieder						
	Agitation		Unter- stützung aus lokalen Mitteln		Beiträge für das örtliche Gewerkschafts- rat und Arbeiter- sekretariat		Bildungs- mittel		Sonstige Ausgaben		An den Verbands- vorstand gesandt		Summe der Ausgabe		Bleibt in der Filiatensache Bestand		in diesem Quartal	im vorigen Quartal	mehr	weniger	Kaufende Nummer
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.					
34	45	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	185	41	286	76	67	68	67	—	1	
63	18	—	—	58	—	26	10	—	—	—	—	225	44	413	72	193	84	84	—	2	
41	72	—	50	—	—	27	—	40	—	—	—	272	51	363	13	227	105	98	—	3	
8	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	41	95	60	31	3	8	8	—	4	
9	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60	55	63	65	14	20	20	—	5	
5038	21	1290	94	250	—	—	—	54	28	277	10	15494	12	22594	65	8105	5438	5596	—	6	
10	65	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	190	25	170	25	197	64	60	—	7	
32	50	—	—	—	—	16	50	—	—	—	—	202	55	251	85	51	41	56	—	8	
534	79	28	50	—	—	64	64	38	14	220	—	19 48	95	2825	06	1338	83	729	707	9	
773	86	102	30	1252	—	78	70	28	13	64	46	1279	29	3578	24	442	71	550	701	10	
55	88	—	—	—	—	8	40	—	—	—	—	226	30	290	58	33	52	107	104	11	
98	67	26	—	266	—	21	65	4	12	5	—	528	37	949	81	97	76	206	180	12	
71	43	4	50	—	—	17	10	—	—	18	40	391	50	565	93	127	39	109	123	13	
610	47	107	40	307	50	85	—	—	—	189	55	1605	15	2905	05	805	617	587	50	14	
11	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28	75	40	45	20	19	19	—	15	
1911	50	347	51	5679	60	130	—	12	—	—	—	4058	66	12229	27	7902	54	1544	1477	16	
179	07	21	50	—	—	38	70	—	—	—	—	402	80	685	82	94	13	170	197	17	
2	56	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31	41	33	97	25	69	33	—	18	
3	68	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	343	42	347	10	95	45	97	—	19	
62	20	—	—	48	50	9	65	—	—	—	—	410	10	586	—	480	51	155	138	20	
47	65	7	90	—	—	—	—	—	—	—	—	158	68	213	03	71	38	58	52	21	
14	69	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	51	19	68	28	—	23	19	—	22	
207	53	99	70	487	10	50	—	—	—	24	89	1031	11	1888	83	53	92	363	360	23	
48	85	12	—	—	—	20	—	—	—	17	80	305	16	493	81	543	65	107	136	24	
126	09	8	8	15	—	41	60	17	60	12	—	602	30	723	09	508	45	193	188	25	
17	86	12	70	5	—	—	—	4	10	4	—	40	71	80	57	2	40	32	52	26	
—	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43	37	48	07	6	35	29	—	27	
30	80	—	—	10	—	8	—	—	—	12	—	235	70	288	50	184	29	72	51	28	
11	86	—	—	—	—	6	83	—	—	20	60	115	90	155	29	290	45	42	40	29	
33	76	10	10	—	—	10	—	—	—	8	80	170	95	234	41	76	21	60	63	30	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	55	—	—	—	40	1	—	31	
84	05	22	—	16	—	21	—	—	—	255	—	—	—	408	05	32	—	98	90	32	
5278	40	223	90	353	—	972	60	76	72	560	20	10464	39	17258	12	10525	03	3611	3488	33	
13	37	—	—	—	—	10	—	—	—	20	—	121	25	161	62	57	35	37	42	34	
88	69	3	59	30	—	24	15	—	—	11	50	562	15	719	99	212	22	192	180	35	
43	65	2	50	35	—	11	73	—	—	305	56	305	56	386	24	244	81	161	162	36	
93	29	—	—	50	—	15	—	—	—	419	41	419	41	793	72	397	53	156	141	37	
2	10	—	—	—	—	—	—	—	—	26	82	26	82	28	92	14	61	5	20	38	
41	10	12	90	40	10	24	—	—	—	13	75	390	31	385	56	78	46	119	80	39	
261	01	—	—	40	—	78	84	—	—	1178	56	1178	56	1789	27	1069	85	392	323	40	
294	21	—	—	36	50	—	—	—	—	123	68	974	33	1430	73	394	34	454	414	41	
804	65	10	30	25	—	—	—	93	05	375	—	1674	08	2886	46	1193	59	667	702	42	
—	78	—	—	—	—	—	—	—	—	6	82	6	82	8	60	8	97	2	—	43	
62	78	—	—	—	—	7	50	—	—	73	25	368	90	514	43	217	86	121	120	44	
24	85	—	—	135	—	54	45	32	26	1175	29	1175	29	1727	25	904	72	374	363	45	
28	81	47	15	35	—	69	75	—	—	950	06	950	06	1318	37	840	31	384	375	46	
148	22	3	61	100	—	122	122	—	—	2718	92	2718	92	3691	04	1205	58	841	767	47	
162	67	27	35	46	—	46	—	—	—	82	39	82	39	1171	81	19	56	367	344	48	
767	79	212	82	65	—	229	—	36	10	60	50	3950	60	5320	81	3021	47	1390	1170	49	
5	75	2	40	5	—	—	—	—	—	52	97	52	97	66	12	18	29	14	12	50	
13	49	—	—	—	—	—	—	—	—	70	59	70	59	84	08	41	03	25	27	51	
199	86	—	—	—	—	50	86	—	—	431	62	431	62	1231	41	5	36	136	97	52	
42	31	71	10	15	—	2	15	—	—	89	01	89	01	217	44	92	37	82	60	53	
3	80	2	—	—	—	—	—	—	—	43	69	43	69	53	84	25	78	17	12	54	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	53	86	53	86	33	94	23	14	16	20	55	
22	10	—	—	87	30	2	40	—	—	132	67	132	67	247	67	5	34	42	88	56	
42	78	2	35	—	—	11	60	—	—	193	17	193	17	249	90	44	29	75	70	57	
2	40	—	—	—	—	—	—	—	—	33	37	33	37	35	97	—	—	—	—	58	
7	4	—	—	—	—	—	—	—	—	14	75	14	75	24	15	—	—	5	22	59	
1	91	—	—	—	—	8	—	—	—	9	81	9	81	10	85	—	—	2	3	60	
14	79	—	—	—	—	—	—	—	—	38	59	38	59	51	80	2	85	25	24	61	
9	46	—	—	—	—	—	—	—	—	162	50	162	50	200	59	29	63	44	45	62	
4	55	—	—	—	—	—	—	—	—	124	—	124	—	156	81	100	89	42	38	63	
120	62	10	—	85	—	28	70	40	—	71	90	71	90	88	45	30	40	27	15	64	
257	63	2	—	18	—	83	75	—	—	613	85	613	85	941	17	306	98	208	216	65	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1183	05	1183	05	1619	63	379	88	370	354	66	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	30	7	—	67	
420	07	55	80	917	40	249	50	17	60	3886	27	3886	27	5156	79	3321	99	1210	1168	68	
22	38	8	—	—	—	8	80	1	50	223	72	223	72	283	30	50	38	78	83	69	
181	82	6	50	10	—	50	44	16	—	682	96	682	96	1065	72	611	29	828	308	70	
7	59	—	—	—	—	—	—	—	—	5	80	44	45	63	85	15	11	12	22	71	
7	28	—	—	—	—	—	—	—	—	44	16	44	16	81	83	81	70	40	38	72	
8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	84	—	84	—	92	77	16	16	37	5	73	
20	39	—	—	—	—	1	40	—	—	75	97	75	97	110	52	16	32	26	25	74	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	773	30	773	30	—	—	—	—	170	173	75	
20361	27	2820	28	10522	—	2280	75	472	84	3905	24	65849	49	108011	87	46559	72	2499	2828	861	

(Schwab) und Pöschel. Galbeistadt und Straubing sandten keine Abrechnungen ein.

auch bei der städtischen Straßenreinigung und Zubehörs-Verwaltung zu. Die besten Arbeitskräfte hatten infolge der schlechten Entlohnung den Betrieben den Rücken gekehrt. Der Lohn von 3,20 Mk. war aber auch nicht verlockend genug, um Ersatz für die fehlenden Arbeiter zu erhalten. Die Verwaltung mußte nun schon etwas mehr bieten und so konnte man folgendes Inserat im „Frankfurter General-Anzeiger“ sowie in der „Volksstimme“ zu wiederholten Malen lesen:

Be k a n n t m a c h u n g.

Bei der unterzeichneten Verwaltung werden kräftige Leute zu einem Tagelohnsatz von 3,10 Mk. eingestellt. Meldungen zwischen 11 und 12 Uhr vormittags.

Straßenreinigung- und Zubehörs-Verwaltung.
Neue Räume Nr. 9, 1.

Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Quartal 1907.

Einnahme:	
An Bestand	83 189,98 Mk.
Eintrittsgeldern	1 157, - "
Mitgliederbeiträgen	64 235,54 "
Die Gewerkschaft	240 12 "
Protokollen vom Verbandstag	210,27 "
Kalender	415,20 "
Zinsen	216,95 "
sonstigen Einnahmen	64,12 "
Summa	150 055,18 Mk.
Ausgabe:	
Für Sterbenunterstützung	1 515, - Mk.
Streichunterstützung	1 198,10 "
Gemahrsregelnunterstützung	1 029,85 "
Rechtsanw.	660,93 "
Agitation und Lohnbewegungen	13 932, - "
Teilnahme an Konferenzen	154,70 "
Beitrag an die Generalkommission	713,16 "
Die Gewerkschaft	12 068,74 "
Literatur	368,13 "
Inventar	606,50 "
personliche Verwaltungskosten:	
Gehälter	3 158,50 Mk.
Sitzungsgelder	156,35 "
versicherungsbeiträge	97,20 "
Summa	3 412,05 "
sächliche Verwaltungskosten:	
Druckkosten	1 118,50 Mk.
Bureauunterstützung	391,60 "
Materialien für die Filialen	271,40 "
Porto	462,17 "
Bureauunterstützung, Heizung und Beleuchtung	1 098,14 "
Summa	3 841,81 "
sonstige Ausgaben	635,58 "
Summa	39 582,55 Mk.
Ab-schl-u-ß:	
Einnahme inkl. Bestand	150 055,18 Mk.
Ausgabe	39 582,55 "
Reicht Bestand	110 472,63 Mk.
Hiervon gelten 46 183,60 Mk. als Fonds für die Sterbenunterstützung.	
Berlin, den 11. Juni 1907. G. Ahmann, Hauptkassierer.	
Revidiert und für richtig befunden	
Die Revisoren: Carl Schabel, Gustav Mehrwald.	

Zusammenstellung

Über die Gesamteinnahme und -Ausgabe des Verbandes im 1. Quartal 1907.

Einnahme:	
Einnahme der Filialen	152 571,59 Mk.
Einnahme des Vorstandes	84 005,69 "
Summa	236 577,28 Mk.
Ausgabe:	
Ausgabe der Filialen	40 362,34 Mk.
Ausgabe des Vorstandes	39 582,55 "
Summa	79 944,89 Mk.
Ab-schl-u-ß:	
Gesamteinnahme	236 577,28 Mk.
Gesamtausgabe	79 944,89 "
Reicht ein Vermögen von	156 632,35 Mk.
Davon in den Filialen	46 559,72 Mk.
Davon in der Hauptkassa	110 472,63 Mk.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter Hannovers.

(Zählung)

Die Löhne bei der Kanalisation sind, in Anbetracht der schlechten, gesundheitsbeschädlichen Arbeit, ebenfalls ungenügend. Der Anfangslohn beträgt 33 Pf. pro Stunde und steigt dann auf 35, 37, 38, 39 und 40 Pf. Allgemein soll je nach je drei Dienstjahren eine Steigerung stattfinden, aber es wird auch hier nicht immer korrekt verfahren. So kann es denn vorkommen, daß Arbeiter nach zwölf Dienstjahren 38 Pf. pro Stunde erhalten, während ein anderer schon nach elf Dienstjahren 40 Pf. pro Stunde erhält. Ebenso verhält es sich, wenn etliche schon nach neun Dienstjahren 38 Pf. pro Stunde erhalten, während ein anderer nach neun und zehn Dienstjahren 37 Pf. pro Stunde. Einer erhält sogar nach 16 Dienstjahren ein 39 Pf. pro Stunde. Aus dem hier Angeführten geht wohl zur Genüge hervor, daß es lediglich in dem Willen der einzelnen Beamten liegt, wer eine Gehalts-erhöhung soll und wer keine ausmacht. Der Lohn der Männer beträgt 56 Pf. pro Stunde. Einen von den übrigen Arbeitern etwas abweichenden

Lohn haben die bei den Hausanjahrlingen beschäftigten Arbeiter. Da erhalten einige 37, 38, 42 und auch 45 Pf. pro Stunde. Auch hier wird nicht immer der nach der Dauer der Beschäftigung zutreffende Lohn gewährt. Aus allem diesem ist wohl ersichtlich, daß auch hier die Löhne eine Steigerung sehr oft vertragen können. Eine korrektere Handhabung der Dienstalterszulagen wäre jedenfalls am Platze. Nicht merkwürdige Ansichten hatte die Direktion im vorigen Jahre. Eine Anzahl Arbeiter mußten von 35 auf 37 Pf. Stundenlohn laut Dienstzeit aufrücken. Zu gleicher Zeit bewilligte der Magistrat und das Bürgervorsteher-Kollegium den städtischen Arbeitern 29 Pf. pro Tag Feuerungszulage. Demnach mußten die betreffenden Arbeiter 39 Pf. pro Stunde erhalten; aber bei der Lohnung erhielten sie nur 38 Pf. pro Stunde. Ob wohl für die Direktion der Kanalisation die Befähigung von Magistrat und Bürgervorsteher-Kollegium nicht maßgebend sind? Derartige Maßnahmen zeigen so recht das selbstherrliche Verhalten der einzelnen Beamten.

Das Wasserwerk, das mit der Kanalisation einer Direktion untersteht, hat wohl im Durchschnitt dieselben Löhne, wie sie die Kanalisation für die gewöhnlichen Arbeiter gewährt. 3,30 Mk. Anfangslohn steigend bis zu 4 Mk. Im übrigen trifft das, was von der Kanalisation gesagt ist, auch für das Wasserwerk zu.

Die Lohnverhältnisse der Elektrizitätswerke sind ebenfalls nicht die besten. Der Anfangslohn der ungelerten Arbeiter beträgt 3 Mk. pro Tag. Lohnzulagen gibt es sehr selten, so daß nicht viele der dort Beschäftigten etwas höher im Lohn liegen, sehr wenige sind es, die 3,10 bis 3,50 Mk. erhalten. Die Handwerker fangen mit 3,50 Mk. pro Tag an. Die Mehrzahl der Handwerker rechnet damit, daß sie einmal zum Meißelwärfel oder Maschinenwarter aufrücken. Diese Kosten werden bedeutend besser entlohnt. Diesem Umstand in es wohl auch zuzuschreiben, daß dort eine den anderen vorzuziehen ist und demangiert. Ein fast widerliches Mischen und Pahlen um die Gumm der Vorgesetzten, wie es wohl nirgends anzutreffen sein dürfte. Einer will besser sein wie der andere. Müssen die dort Beschäftigten nicht einsehen, welche traurige, verhängnisvolle Rolle sie spielen? Das sind Bedingungen, denen sich jeder ehlich und offen denkende Arbeiter schämen muß. Sind durch das ganze Mischen und Pahlen die Löhne schon verbeßert worden? Auch noch nicht das geringste hat es dafür gegeben. Darum hinweg mit aller Mischelei und Schmaroberei. Trete alle ein in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und erkämpfe einig und geschlossen höhere Lohn- und Arbeitsverhältnisse! Eine erkämpfte Position macht stolzer und freier als eine ererbte!

Niedrige Löhne und recht lange Arbeitszeit zeichnen den Schlacht- und Viehhof ganz besonders aus. Der Lohn beträgt für alle Arbeiter 3,20 Mk. pro Tag. Während man aber die Arbeiter des Viehhofes 10 1/2 Stunden für diesen Lohn arbeiten, müssen die Schlachtarbeiter 10 1/2 Stunden arbeiten. Warum hier mit gewisser Vorzuziehen wird, ist nicht recht ersichtlich. Nur das Meißelwärfen wird 5 Pf. Aufschlag die Stunde gewährt, beim Mischen der Kanalisation werden nur zehnminütige Arbeit 15 Minuten bezahlt. Das schlimmste Hebel sind da aber die Hebermänner. Die gewöhnliche Arbeitszeit wird durch die vielen Hebermänner ins Unermessliche gesteigert. So müssen die Arbeiter wöchentlich 70, 80, 90 und auch 100 Stunden wachen! Weitere Vergrößerung der Heberstunden gibt es nicht. Die Arbeiter sind gezwungen, die vielen Heberstunden zu machen, da es ihnen sonst bei dem gewöhnlichen Tagesverdienst, 3,20 Mk. pro Tag, nicht möglich ist, auszukommen. Diese Zustand ist aber auf die Dauer unhaltbar. Die Arbeiter müssen sich doch sagen, daß dadurch, daß sie die vielen Heberstunden machen, sie selbst den Lohn niedrigerhalten. Die Verwaltung wird, sobald die Arbeiter um eine Lohnverbesserung eintreten, nicht den in gewöhnlicher Tagesarbeit erzielten Lohn, also 3,20 Mk., sondern den durch die vielen Heberstunden tatsächlich erzielten Lohn vorrechnen und somit jede Lohnverbesserung ablehnen. Die Arbeiter müssen zunächst darauf hinwirken, daß die Heberstunden befristet werden. Dies kann geschehen, indem mehr Arbeiter eingestellt werden. Dann erst können sie auf ihre niedrigen, für die Bedürfnisse der Arbeiterfamilien ungenügenden Löhne hinwirken. Mit heimlichem Murren wird hier nichts geändert, sondern nur durch fortwährendes Danksin.

Nicht wenig Erfreuliches ist auch von der städtischen Garten- und Gärtnerei zu berichten. Der Anfangslohn beträgt für Arbeiter und Gärtnere 3 Mk. pro Tag. Von den Übergärtnern haben einige im Jahresgehalt, das Gehalt beträgt 1800 und 2100 Mk. Die Mehrzahl der Übergärtnere erhält 1,50 bis 5 Mk. pro Tag. Der Lohn der Arbeiter und Gärtnere steigt, nach eigener Mitteilung der Gartendirektion, regelmäßig alle drei Jahre von 3 bis 1,20 Mk. Die Steigerung geschieht aber nur bei guter Führung und Leistung. Da nun aber die dort Beschäftigten, mit wenigen Ausnahmen, alle unter 1 Mk. erhalten so ist mir eins möglich, entweder leisten die dort Beschäftigten nicht genug, oder sie haben sich nicht. Lohn muß man doch mehrere der Arbeiter 1 Mk. und 1,20 Mk. erhalten. Aber es sind nur vereinzelte Ausnahmen, die die höheren Gehaltsgrade erhalten, sonst erhält keiner von ihnen über 1,70 Mk. pro Tag. Insofern und eine ganze Anzahl vorhanden. Die schon 12, 14, 15 und 16 Jahre dort beschäftigt sind. Die hauptsächlichsten

Lebenseinkünfte sind 3, 3,20, 3,40, 3,50, 3,60 und 3,70 M. Will man den Höchstlohn erst gewähren, nachdem die Arbeiter 30 und 40 Jahre dort beschäftigt sind? Dann sind sie alt und nicht mehr so leistungsfähig, dann kann die Direktion den Höchstlohn mit der Begründung verweigern, daß die Leistung ungenügend ist. Der Höchstlohn ist nur ein Scheinlohn. Was nicht aber das Prahlhorn mit dem Höchstlohn, wenn er nicht bezahlt wird. Die Mehrzahl der Forst- und Arbeiter erhalten ebenfalls nur 3 M. pro Tag. Einige Invaliden erhalten 2,50 und 2,80 M. Auf den Friedhöfen wird im Sommer noch 11 Stunden gearbeitet. Die Löhne der Arbeiter und Frauen sind ebenfalls sehr gering bemessen.

Aus allem dem hier Angeführten geht wohl zur Genüge hervor, daß die Löhne sehr gut eine Aufbesserung vertragen können. Bei den jetzigen Löhnen leidet der größte Teil der städtischen Arbeiter an Unterernährung. Da nun aber die Arbeiter vom Magistrat und Bürgervorsteher-Kollegium auf keine Dülfe zu rechnen haben, so müssen sie sich selbst helfen. Nur durch die Organisation können sie sich bessere Verhältnisse schaffen. Deshalb müssen sich sämtliche städtischen Arbeiter dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen. Nur die Uneinigkeit der Arbeiter selbst ist schuld daran, daß noch derartige Zustände bestehen. Durch energisches, offenes Eintreten für unsere Sache werden bessere Zustände erreicht. Nicht durch Ferkungnis, sondern aus eigener Kraft wollen wir etwas erringen. G. R.

Die Park- und Gartenverwaltung der Stadt Berlin

ist einer jener „Müßelbetriebe“, welche am wenigsten diese Bezeichnung verdienen. Eine geradezu jammervolle Bezahlung und lange Arbeitszeit legen dafür bereites Zeugnis ab, ganz abgesehen von den sonstigen hier grassierenden Geplögenheiten, wie z. B. die strapelosen Entlassungen der in jahrelanger Arbeit für die Stadt alt und grau gewordenen Arbeiter nach Ablauf jeder „Saison“. Die hartnäckigen Kämpfe der Kollegen um Verbesserung der rüchständigen Arbeitsverhältnisse haben bisher nur sehr bedingte Erfolge gezeitigt und zwar — wie gleich hinzugefügt werden kann — weil sie es mit einer Verwaltung zu tun haben, bei der das Thermometer sozialen Empfindens auf dem Gefrierpunkt steht. Charakteristisch dafür ist das jahrelange Ringen um die Vereinfachung der 11. Arbeitsstunde. Als im verflossenen Jahre bei dem Verlauf der Etatsberatung in der Deputation den Kollegen wiederum die Hoffnung auf die amtliche Durchführung der zehnstündigen Arbeitszeit zu schwinden begann, da glaubten sie ein Hebräisches zu tun, wenn sie einmal persönlich darüber sich mit dem neuen Dezernenten auseinandersetzten. Sie lebten dem Wahn, daß dieser — der ästhetisierende Kommandant und Dramaturg auf dem Bürgermeistertisch, Herr Dr. Reide — etwas mehr Verständnis für ihr Verlangen nach einer menschenwürdigen Existenz befehlen würde. Aber Worte, nichts als Worte war das Resultat der Zwiegespräche. Der Parkverwaltungsetat wurde nicht allein unverändert gelassen — nein, die Kollegen dieses Betriebes mußten es noch über sich ergehen lassen, daß von der Tribüne des Rathensaales herab beleidigende Äußerungen über ihren angeblichen Mangel an Leistungsfähigkeit zum Stapel gelassen wurden. So im Jahre 1906! Nun — und in diesem Jahre? Es schaut um nichte besser aus. In einigen Kewiergesprächen und einer Sessionversammlung berichteten kürzlich die Kollegen Wuyky und Schulz über das Ergebnis der diesjährigen Lohnbewegung. Mit lebhaftem Interesse folgten die in den Zusammenkünften sehr zahlreichen Erziehungsberechtigten den Mitteilungen über den Verlauf der diesjährigen Etatsberatungen. Daraus ging hervor, daß die Anfangslohn endlich wieder eine kleine Aufbesserung erfahren haben. Für Gärtner sind 4 M., für Arbeiter 3,50 M. festgesetzt; von 3 zu 4 Jahren ist eine Steigerung um 2 Pf. vorgezogen. Zu einer Erhöhung der Höchstlöhne (Gärtner 5 M., Arbeiter 4 M.) hat sich die Verwaltung nicht aufschwingen können. Stehen diese Löhne der sogenannten vollbeschäftigten Arbeiter schon in schreiendem Gegensatz zu dem Existenzminimum, dessen unter gegenwärtigen Verhältnissen eine Arbeiterfamilie bedarf, so sind die als nicht ständig angesehene Arbeiter noch viel übler dran. Unter diesen befindet sich eine größere Anzahl Kollegen, welche aus der Unfall- oder Invalidenversicherung eine kleine Rente beziehen. Jeder halbwegs Vernünftige würde ihnen diese kleine Zulage ganz gewiß auch gönnen; anders die Parkverwaltung. Sie schlägt aus dieser Pauschal Kapital und zahlt diesen Arbeitern nur 3 M. Tagelohn, obwohl sie so wie jeder andere Parkarbeiter in vollem Maße ihr Arbeitspensum bewältigen müssen. Es ist das ein Verfahren, das auch nicht einen Funken sozialer Einsicht erkennen läßt und nur beweist, wie auch die Stadt Berlin den Spuren privater Ausbeuter folgt, um billige Arbeitskräfte zu bekommen. Und sie erdötet nicht etwa dabei, sondern Herr Bürgermeister Reide gewinnt es immer wieder über sich, die Parkarbeiter in der Öffentlichkeit noch eben — als „minderwertig“ zu bezeichnen. Diese Art, die eigene Minderwertigkeit zu bemängeln, kann man nicht anders als ungebührlich nennen. Eine Aufbesserung des Lohnes der Arbeiterinnen von 2 M. ist ebenfalls trotz aller Bemühungen gescheitert. Neben der schlechten Bezahlung kommt der reaktionäre Geist in diesem Be-

triebe noch in vielen anderen Dingen zum Ausdruck. Da werden die Lohnsfallen willkürlich durchbrochen, wie in der Kewierversammlung für den Humboldtthain mitgeteilt wurde. In Kewier gab man einem Arbeiter den Rat, auf seine Rente zu verzichten, dann bekäme er die etatsmäßige Lohnstaffel nebst obligatorischer Zulage. Eine freundliche Zumutung! Unterkunftsräume sind immer noch in so geringer Anzahl vorhanden, daß sie kaum in Frage kommen. Und so liegen sich die „Schönheiten“ der Arbeitsverhältnisse der Gärtner und Parkarbeiter Berlins noch in recht ansehnlicher Reihe anführen. Die neueste Tat der Parkdeputation aber hat ihrem arbeiterfeindlichen Verhalten die Krone aufgesetzt. Gedrängt durch eine erneute Aktion der Organisation und des Arbeiterausschusses hatte die Deputation nun doch nachgeben und die geforderte Vereinfachung der letzten Arbeitsstunde von 6-7 Uhr bewilligen müssen. Um nun sicher zu gehen und ein Zurückweichen der Deputation zu verhindern, provozierten die sozialdemokratischen Mitglieder derselben — die ihre Kappenheimer zu kennen scheinen — in der Stadtverordnetenversammlung am 25. März eine Äußerung des Dezernenten. Herr Bürgermeister Reide erschien denn auch sofort auf dem Plan und erklärte — wenn auch anscheinend unangenehm berührt — sehr erregt, daß man doch nicht länger beschlossene Dinge wieder von neuem anregen solle. Es konnte — und sollte doch wohl auch — dieser Anspruch nicht anders aufgefaßt werden, als daß künftig eine Stunde früher, also um 6 Uhr Arbeitsschluß eintrete. Wie nach der letzten Deputationsversammlung aber nimmer feststeht, war die darob bei den Kollegen eintretende Freude sehr verfrüht; denn angeblich haben sich jetzt neue Hindernisse eingestellt. Es sollen nämlich bei Durchführung des 6 Uhr-Feierabends so viel Nebenstunden entstehen, daß eine Mehrausgabe von über 20 000 M. nötig sei. Doch scheint dies „Hindernis“ in so gewaltigen Dimensionen lediglich im Kopfe des Herrn Gartendirektors zu spulen, denn die Kollegen haben nur 9000 M. herausgerechnet. Aber abgesehen davon: eine 11stündige Arbeitszeit ist schlechthin der Stadt Berlin unwürdig und muß um jeden Preis beseitigt werden. Und vermag der Herr Bürgermeister den Einfluß des Gartendirektors Mächtig — der seinem Namen in der Parkverwaltung anscheinend nur allzu sehr Ehre macht — nicht zu brechen, um sein vor den Stadtverordneten öffentlich gegebenes Versprechen einzulösen, so braucht er sich nicht wundern, wenn die Arbeiter bezüglich solcher Zusicherungen zu Schwarzsehern werden. Daß dies bereits der Fall ist, kam in der am 8. Juni abgehaltenen Protestversammlung unabweisbar und markant zum Ausdruck. Neben dem üblichen Schmerzschreien waren es nicht, welche dort der Parkverwaltung ins Stammbuch geschrieben wurden. In der nachdrücklich einstimmig beschlossenen Resolution fand die Erregung über den ekklatanten Wortbruch der Betriebsleitung ihren Widerhall: „Die am 8. Juni zahlreich versammelten Gärtner und Parkarbeiter der Stadt Berlin haben mit Entrüstung Kenntnis genommen von dem Bericht über die Verhandlungen der letzten Deputationsversammlung. Sie erheben energisch Protest gegen das in denselben in die Erscheinung getretene Bestreben, die bereits beschlossene Vereinfachung der Arbeitszeit nicht durchzuführen. Die Versammelten sehen zwischen diesem neuesten Standpunkt der Deputation und den Erklärungen des Herrn Bürgermeisters Dr. Reide in der Stadtverordnetenversammlung am 25. März d. J. — nach welchen der 6 Uhr-Arbeitsschluß durchzuführen werden sollte — einen unlöslichen Widerspruch; denn die angeblich zunehmende Zahl der Nebenstunden bei Durchführung der so notwendigen Arbeitszeitvereinfachung kann nimmermehr die jüdische Stellungnahme der Deputation begründen. Es dokumentiert sich darin lediglich ein bedauerlicher Mangel von sozialer Erkenntnis. Die Versammelten erwarten daher mit Bestimmtheit, daß das vor der Öffentlichkeit gegebene Versprechen eingelöst und unverzüglich die 11stündige Arbeitszeit in der Parkverwaltung beseitigt wird. Die Versammelten ziehen aus der bisherigen Behandlung ihrer berechtigten Wünsche aber weiter den Schluß, daß die städtischen Gärtner und Parkarbeiter sich auf ein Entgegenkommen seitens der Verwaltung durchaus nicht verlassen können, sondern nur durch Selbsthilfe ihre Sache zu gutem Ende zu führen vermögen. Nur durch die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation ist die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Es wird daher jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, sich dem Verbands anzuschließen und für die Ausbreitung desselben energisch tätig zu sein.“ Diese unzweideutige Meinungsäußerung der Kollegen ist durch die Entlassung unserer Organisation dem Dezernenten übermittelt worden — und steht er sie sich auch nicht hinter den Spiegel, so weiß der Herr Bürgermeister doch, was die Arbeiter von der unter seiner Direktion praktizierten Arbeiterfreundlichkeit denken. Was der Protest für Resultate zeitigen wird? Warten wir's ab! Es wird jetzt aber Sache der Kollegen sein, durch Ausmerzung des Indifferentismus aus ihren Reihen und durch einmütigen Anschluß an die Organisation dafür zu sorgen, daß der Parkverwaltung bewußt wird, wie überfällig die Arbeiter es haben, sich am Kartenspiel führen zu lassen. Schließlich muß und wird es auch in dieser Arbeitergruppe immer mehr dämmern, damit der ihr von der Verwaltung in geradezu provokatorischer Weise hingeworfene Rehdandelschuh mit Erfolg aufgenommen werden kann.

Notizen für Gasarbeiter.

Mitna. Endlich ist nach langem Trängen die 21 stündige Wechselsschicht gefallen. Der Achtstundentag läßt dagegen noch immer auf sich warten. Ein Arbeiterausschuß ist zugefagt worden. Die Lohnfrage ist für die Mitnaer Gasarbeiter noch nicht erledigt.

Berlin. Die lezhin durchgeführte Neunstundentagsbewegung der Berliner Gasarbeiter hat bekanntlich auch ihre Wirkung auf die englischen Gasanstalten ausgeübt. Als die Leitung der J. C. G. A. sah, daß die Arbeiter mit der Realisierung ihrer Forderungen: kürzer Arbeit und Schaffung sozialpolitischer Einrichtungen Ernst zu machen begannen, da gaben sie eines Tages, noch bevor die Arbeiterausschüsse zusammengetreten waren, ein Verabkündigungsplakat aus: Sie ließen an die Mauern ihrer Anstalten einen Mas anschlagen, der den Arbeitern kund und zu wissen tat, daß „man“ nun doch so wie Berlin bestimmte Wohlabzweigungen überlassen wolle. Freilich, die Willensäußerung der Direktion ist etwas schwächlich ausgefallen und es gab so manchen Arbeiter, der sich fragte, was denn eigentlich die J. C. G. A. vorhabe. Der Mas hat folgenden Wortlaut:

Bekanntmachung.

Die Gesellschaft hat beschlossen, in Zukunft Arbeitern, welche in ihrem Betriebe arbeitsfähig werden, schon nach 10jährigem ununterbrochenen Dienst und bei einem Lebensalter von mindestens 30 Jahren eine Verforgung in Aussicht zu stellen.

Jeder derartige Fall wird eingehend geprüft werden und es wird, wenn eine Unterstützung gerechtfertigt erscheint, eine Pension oder eine einmalige Abfindung gewährt werden, deren Höhe sich nach dem Grade der durch ein ärztliches Zeugnis festzustellenden Erwerbsunfähigkeit bestimmt.

In derselben Weise wird auch für die Witwen der Arbeiter gesorgt werden, sofern die Verstorbene zur Zeit ihres Todes mindestens 10 Jahre ununterbrochen in Diensten der Gesellschaft stehen und ein Lebensalter von mindestens 30 Jahre haben.

Berlin, im März 1907.

Unterschrift.

Man hat nur nötig, sich die Bekanntmachung durchzulesen und wird finden, daß sie vorläufig noch zu nichts verpflichtet, sondern nur eine Verforgung in Aussicht stellt. Wenn es auch noch kümmerlich ist, was Berlin in dieser Beziehung für seine Arbeiter im Gegensatz zu den Beamten tut, so fragen die Mitglieder der Arbeiterausschüsse in der letzten Sitzung, was es denn eigentlich mit dem Verforgungsplan der J. C. G. A. auf sich habe und ob nicht wenigstens geplant sei, Berlin in dieser Beziehung nachzusehen. Die Antwort der Dirigenten aber lautete denn auch so nichtsagend, daß die Arbeiter sich sofort über den Wert jener Verforgungsabsicht klar waren und dementsprechend an ihren Kollegen Bericht erstatteten. Wenn auch die Direktion sagte, daß sie dasselbe wie Berlin leisten könne, so wurde die Versicherung doch mit so vielen Klauteln verbrämt, daß nur die wenigsten Arbeiter auf eine einwandfreie Behandlung im Falle der Invalidität und Arbeitsunfähigkeit rechnen können. Die ganze Wohlfahrtsaktion stellt sich letzten Endes als ein Mäher für jene Arbeiter heraus, die da glauben, zeitweilig in den dividendenbegünstigten Gewerken der J. C. G. A. ihrer Arbeit nachgehen zu dürfen. Sie sollen sich dadurch abhalten lassen, in die Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten, um mit ihren Kollegen eine materielle Verbesserung ihrer Lebenslage zu erstreben. Man zahle höhere Löhne als bisher, behandle die Arbeiter anständig und verklummere ihnen nicht das Koalitionsrecht. Wenn die J. C. G. A. in „Wohlfahrt“ machen will, so sehe sie darauf, daß die Bestimmungen dieser Einrichtungen nicht Formen haben, die sich bei näherem Zusehen als Hindernisse zur Erlangung einer Invalidenverforgung entpuppen.

Größener in der Charlottenburger Gasanstalt II. Auf dem Gelände der Gasanstalt II in der Gaußstraße stand das Kondensationshaus der Anstalt dicht neben dem Gasometer in Flammen. Auf den ausgedehnten Terrains der Charlottenburger Hauptgasanstalt in der Gaußstraße bemerkten gegen 1/2 Uhr nachts Wächter, daß aus dem die Mitte des Gebäudekomplexes haltenden Kondensationshause mächtige Feuergeraden zu dem drei Stockwerke hohen Dache hinausdröffen. Das bezeichnete Haus enthält eine große Zahl von Kondensationsapparaten; es stand seit einiger Zeit außer Betrieb. Deshalb wurde das Feuer von außen erst zu spät bemerkt. Als die Hauptwache unter Brandmeister Stude auf der Stätte erschien, mußte wegen der dem nahen Gasometer und den Kohlenlagerplätzen drohenden Gefahr auch die Schwache alarmiert werden. Bald kam auch die Berliner Wehr von der Turnstraße zur Dülse. Der Rieseneuerschein am nächtlichen Himmel bot ein grandioses Naturschauspiel. Obwohl mit 16 Rohren und drei Dampfpißben aufs angestrengteste gearbeitet wurde, war das 20 Meter lange Kondensationshaus nicht mehr zu retten; es brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die Flammen erhielten lange Zeit Nahrung durch Gasströme, die aus einem undicht gewordenen

Gasrohr entströmten. Schließlich gelang es, die Leitungen abzusperrern. Aus dem nahen Landwehrkanal wurden Ströme von Wasser in das gewaltige Feuermeer entsandt, in dem die zusammenbrechenden Maschinenanlagen unter großem Krachen untergingen. Wie die Gasanhaltsleitung mitteilt, beläuft sich der im Kondensationshaus angerichtete Schaden auf 200.000 Mk., der durch Versicherung gedeckt ist. Der Betrieb erleidet keine Störung.

Aus unserer Bewegung.

In Pant-Wilhelmshafen sind am Sonnabend 43 Kollegen ausgeperrt worden. Der Sachverhalt ist folgender: Mit dem September d. J. läuft der mit der Gasgesellschaft geschlossene Vertrag ab. Auf Grund dessen haben unsere Kollegen den alten Vertrag gekündigt und einen neuen Tarif durch die Lohnkommission einreichen lassen. Es wurde hierin die Verkürzung der Arbeitszeit für die Innenbetriebsarbeiter sowie eine Lohnerhöhung für die anderen Kategorien verlangt. Ohne nun in irgend welche Verhandlungen über die Vorschläge mit den Arbeitern einzutreten, wurde den Arbeitern kurzerhand erklärt, daß die Gesellschaft keinen Vertrag abschließen werde. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse würden eine Veränderung nicht erfahren. Gleichfalls sollten die Beschäftigten unterdessen feststellen, daß zwischen ihnen und der Gesellschaft ein Vertrag nicht bestände. Selbstverständlich weigerten sich die Kollegen und somit wurden sie sofort entlassen. In nächster Nummer werden wir ausführlicher darüber berichten. **Zusug ist streng fernzuhalten!**

Berlin. Wie schon früher berichtet, haben die Innenarbeiter der Gasanstalten Berlins die Einführung des Acht- bzw. Neunstundentages durchgesetzt. Dem durch die Organisation und den sozialdemokratischen Stadtverordneten ausgeübten Druck gaben die zuständigen Stellen nach, doch nur soweit als bestimmte Kategorien wohlorganisiert auf den Plan traten. Die derselben Direktion unterstehenden Arbeiter des Möhrrensystems, die nicht in dem erforderlichen Maße organisiert waren, fielen leider aus. Damit kam das alte Wort zu Ehren, daß unsere Arbeitgeber oft genug tafkräftig für die Organisation der Arbeiter ungewollterweise (natürlich) agieren. Was durch die mubedolle Agitation unserer Vertrauensleute nicht gelang, ergielte mit einem Schlage die Direktion. Diese so offen zutage tretende Unerschlichkeit schaffte der Kleinagitation fruchtbareren Boden, da ganz besonders für die Arbeiter des Möhrrensystems die Arbeitszeitverkürzung dringend notwendig ist. Heute arbeiten sie an diesem, morgen an jenem Ende der Stadt. Damit ist natürlich eine teils stundenlange Fahrt zur Arbeitsstätte verbunden, so daß mit einer wesentlichen Verlängerung der Arbeitszeit zu rechnen ist, welche — wie nebenbei bemerkt sei — auch eine bedeutende Ausgabe an Fahrgebern bedingt. Die Entfernung des Arbeitsplatzes bedingt ferner, daß die Arbeiter ihre Wohnzeiten in der Nähe desselben einnehmen müssen, was aus naheliegenden Gründen gar nicht anders als in Gasmischtschaften geschehen kann und daher wiederum Kosten verursacht. Diese Mißstände erheischen unbedingt die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden. Wenn aber die Verwirklichung aus unbegreiflichen Gründen bei den Verhandlungen über die Einführung des Acht- und Neunstundentages die Außenarbeiter ausfallte, so lag das nicht zuletzt daran, daß jene Kollegen sich zu wenig um ihre Organisation gekümmert haben. Vielleicht wollte die Direktion den Kollegen, welche immer sagen: „Laß man die anderen sich organisieren und Beiträge zahlen — wenn die organisierten Kollegen etwas erreichen, so bekommen wir's auch!“, zeigen, daß es nicht immer so ist. Daraus sollten die lauen und indifferenten Kollegen endlich die Einsicht schöpfen, daß es hohe Zeit ist, sich selber zu rühren, als sich auf die Arbeit der anderen zu verlassen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann scheint die Lehre nunmehr auch gelehrt zu haben; denn die kürzlich stattgehabten Betriebsversammlungen erfreuten sich guten Besuches und waren von gutem Geiste beherrscht, der in einer Reihe von Renaufnahmen seinen Ausdruck fand. Jetzt ist das Eisen warm und muß geschnitten werden, weshalb wir besonders den organisierten Kollegen zürufen möchten: Alle Kräfte angespannt! Werbt für die Organisation! Sind wir einig und stark, dann wird die Arbeitszeitverkürzung für uns nur eine Frage der Zeit sein.

Berlin. Der „Bund freier Ortsvereine der Straßenreiniger Berlins und Umgegend“ hat sich jetzt auch eine sogenannte Gewerkschaftszeitung zugelegt. Am 1. Juni erschien die erste Nummer des „Korrespondenzblatt“, Organ des genannten Bundes der Straßenreiniger von Berlin, Rirdorf, Schönberg und Wilmersdorf. Das Blättchen erscheint allmonatlich einmal in einer Stärke von 4 Seiten. Die Redaktion wird von einem Straßenreiniger Lehmann in Rirdorf geleitet, bei der Gründung scheint die Buchdruckerei Max Köster, wie man aus einer Notiz herauslesen kann,

Barbe gestanden zu haben. Obwohl das Blatt vorgibt, keiner Partei, sondern nur den Interessen der Straßencrainer zu dienen, so wird doch schon tapfer auf die Sozialdemokratie und auf den sozialdemokratischen Gemeindearbeiterverband herumgetrommelt. Einen Genuß gewährt die Lektüre dieses Blattes nicht, und wenn die Redaktion nicht besser arbeitet, dann wird den Erbsvereinern ob ihres „Kampforgans“ angst und bange werden. Welcher Geist in diesem Blatte weht, soll an einem Abjag eines Artikels demonstriert werden, der über die vom Berliner Erbsverein an die Direktion der Straßencrainer gerichteten Forderungen resümierend spricht. Er lautet:

„Diese drei Wünsche Aenderung der Arbeitszeit am Sonntag, Lohnzahlung durch Aufsicht und Bezahlung der Arbeiterstunden sind nun, mit einer kurzen Begründung versehen, der Direktion zur Kenntnis gebracht worden. Vom guten Willen der Direktion hängt es ab, ob unsere Wünsche sich verwirklichen werden... Wesentlich läßt man uns nicht zu lange im Unklaren, denn wir haben ja noch so viele Wünsche, deren Erfüllung wir schärflich erwarten. Wo gäbe es auch wohl Menschen, die wunschlos wären!“

Na, ja, die Direktion wird den letzten Satz beherzigen und sich sagen, daß die guten blauen Straßencrainer ruhig Wünsche stellen, ein Vergnügen, in dem sie durch die Einsicht der Direktion nicht gestört werden dürfen. Die blauen Kricker werden mit ihrem Blatte seinen Staat machen, des sind wir sicher!

Frankfurt a. O. Am Sonnabend, den 8. Juni, fand im „Gewerkschaftshaus“ unsere Mitgliederversammlung statt. Die Anwesenden waren vollständig erschienen, die Arbeiter des Außenbetriebes glänzten wiederum durch Abwesenheit. Es wurde lebhaft diskutiert und fanden dabei der Arbeiterausschuß, die bestehenden Arbeitsverhältnisse, sowie das unkollegiale Verhalten einzelner Kollegen gehörige Beleuchtung. In der nächsten, am Sonnabend, den 13. Juni, stattfindenden Versammlung wird Kollege Strunk Berlin einen Vortrag über: „Der Arbeiterausschuß und seine Bedeutung für die Arbeiter“ halten. Erwartet wird, daß die Mitglieder des Arbeiterausschusses ebenfalls erscheinen, damit ihnen klar wird, welche Aufgaben sie als Arbeitervertreter übernommen haben. Vor allen Dingen werden sich auch die Kollegen des Außenbetriebes mehr wie bisher mit dem Organisationsadanten vertraut machen, um so gemeinsam mit den anderen Kollegen zusammenzuarbeiten. Wesentlich sind sie in der nächsten Versammlung alle volljährig vertreten.

Freiburg i. S. In der alten, berühmten sächsischen Bergstadt Freiberg läßt das Lohn- und Arbeitsverhältnis der städtischen Arbeiter noch manches zu wünschen übrig. Die Löhne gestalten sich in der Gasanstalt wie folgt: der erste Feuermann pro Stunde 30 Pf., die anderen 27 und 28 Pf. Die Arbeitszeit beträgt 12 Stunden für Eisenarbeiter, 10 Stunden für die übrigen. Die Anstalt ist noch nach altem System erbaut, gerade liegende Höfen. Daran ergibt sich schon, daß die Arbeit keine leichte ist. Beim Bauamt sowie den übrigen städtischen Betrieben wird ein Stundenlohn von 25 bis 26 Pf. gezahlt. Damit können begrifflicherweise keine großen Sprünge gemacht werden. Sonstige sozialpolitische Einrichtungen, als Sommerurlaub, Hinterbliebenenversicherung, Muttersohn usw. sind unbekannte Dinge. Glücklicherweise hat ein Teil der städtischen Arbeiter eingesehen, daß es so nicht weiter gehen kann und daß zur Beseitigung der althergebrachten Zustände die moderne Organisation notwendig ist. Sie haben sich deshalb dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband angeschlossen in der richtigen Erkenntnis, daß die Interessen der städtischen Arbeiter nur in einer einheitlichen Organisation gefördert werden können. Den noch Fernstehenden möchten wir aber zurufen: Gehet hin und tuet dergleichen!

Görlitz. Nach langem Gehen und Bangen haben nun endlich auch die Arbeiter der Straßencrainer Lohnhöhung erhalten. Einen „ganzen Meißenspfennig“ hat man ihnen gnädigst zugesandt. Die Löhne betragen nunmehr 25 und 26 Pfennige pro Stunde. Das ist ein Schandlohn! Noch dazu in einer Stadt wie Görlitz! Es hat sehr lange gedauert, ehe man sich innerhalb einer hochwohlwollenen Stadtverwaltung entschließen konnte, den schlechtst bezahlten Arbeitern diese minimale Zulage zuzugestehen. Zirla einmündelaltes Jahr ist ins Land gegangen, da die Petition eingereicht wurde. Im Herbst vorigen Jahres wurde dann in einer öffentlichen Versammlung eine Resolution gefaßt und dem Magistrat überreicht, worin auf die eingereichte Petition hingewiesen wurde und gesagt war, daß die Arbeiter nunmehr im Juni eine baldige Erledigung ihrer Forderungen erwarten. Damals erhielten nur die Gasarbeiter eine Zulage; im April folgte dann die Begebauabteilung, der nun jetzt die Straßencrainerinng gefolgt ist. Aber das muß heute schon gesagt werden, die gewählten Lohnzulagen sind vollständig unzureichend, sie sind wie ein Tropfen auf dem heißen Stein! Der Magistrat darf sich daher nicht wundern, wenn über kurz oder lang die Arbeiter mit neuen Forderungen kommen werden. Vor weniger Zeit ging in Görlitz das Gerücht um, der Magistrat habe eine Vorlage in Arbeit, welche die Reformierung des Arbeiterausschusses der städtischen Arbeiter im modernen Sinne bezwecke. So sollte Sommerurlaub, Muttersohn, eine Lohnstarke und dergleichen Dinge vorgezogen sein. Leider scheint es aber nur ein Gerücht gewesen zu sein. Denn nichts rührt sich mehr, Zulle ist

eingeführt. Oder sollte das etwa schon ein Teil der neuen Ordnung der Dinge vorstellen, daß man jetzt bei der Lohnberechnung anstatt vier, fünf Tage inne behält? Das wäre nun freilich eine Reform, die durchaus zu verurteilen ist. Die hier von betroffenen Gasarbeiter haben sich auch gegen diese Berücksichtigung gewehrt, es hat ihnen jedoch nichts genützt. Der Magistrat antwortete, die Arbeiter hätten dadurch keinen Nachteil, wenn von jetzt ab fünf Tage einbehalten würden! Während andere Städte das ausgeprägte Bestreben zeigen, immer mehr Arbeiten in eigener Regie auszuführen, ist in Görlitz gerade das Gegenteil zu verzeichnen. Ist da vor einiger Zeit ein neuer Maurer angestellt worden, und seit dieser Zeit sind Hochlegungsarbeiten, Steinlegarbeiten usw. an einen Unternehmer vergeben worden. Die bisher bei diesen Arbeiten beschäftigten Arbeiter hat man ganz einfach entlassen. Ob damit das Interesse der Stadt gefördert wird, wollen wir nicht näher untersuchen. Von einem Fortschritt zeugt dieses Verhalten aber jedenfalls nicht. Noch eins. Vor kurzer Zeit fand in Görlitz ein Delegiertentag des Verbandes deutscher Gemeindebeamten statt. Hierbei hat der Oberbürgermeister eine Ansprache gehalten und erklärt, daß er dem Verbands der Gemeindebeamten sympathisch gegenüberstehe und gewünscht, daß die Organisation der Gemeindebeamten weitere Fortschritte mache. Auch hat die Stadt zu diesem Delegiertentag 200 Mk. bewilligt. Wir wollen nur hoffen und wünschen, daß der Herr Oberbürgermeister der Organisation der Arbeiter, dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, daselbe Entgegenkommen zugeht. Manches würde sich dann besser erledigen lassen. Aber da scheint es auch zu heißer: ja Pauer, das ist etwas anderes. Denn die Erfahrungen, die unser Verbandsvertreter im vorigen Jahre und der Vertreter des Steinlegerverbandes in diesem Jahre gemacht haben, sind nicht gerade ermutigend. Mit dritten Personen verhandeln wir nicht, hieß es da. Nun, wir sind dergleichen schon gewöhnt und regen uns auch nicht sonderlich darüber auf. An den Arbeitern aber wird es liegen, sich die Anerkennung, die man ihren Vertretern vorenthält, zu erobern. Dazu gehört freilich, daß man der Organisation treu bleibt, dieselbe nicht bei jeder Kapplalie an die Wand hängt, wie einen alten Hock. Das müßte doch jeder wissen, daß nur Ausdauer zum Ziele führt. Steter Tropfen höhlt den Stein! Kollegen! Weherzigt dies alte Sprichwort.

Essenbach a. M. Am 9. d. M. tagte hier eine öffentliche Gemeindearbeiterversammlung, die leider schwach besucht war. Kollege Marx schloß die Kämpfe mit den Industriellen. Er wies ferner nach, welche ungeheure Opfer wir auf dem Schlachtfeld der Arbeit jährlich zu bringen gezwungen sind. Des weiteren entwarf er einen kurzen historischen Rückblick auf die Gewerkschaftsbewegung. Er wies darauf hin, wie die Unternehmerverbände entstanden sind. Daraus sollten die Arbeiter die Lehre ziehen, daß der letzte Mann von der Arbeiterkraft in die Organisation eintreten müsse. Man könnte nun einwenden, ja wir sind aber doch Gemeindearbeiter, das geht uns nichts an. Das ist falsch, wir haben genau dieselben Interessen, um unsere Lage einigermassen günstiger zu gestalten. Denn auf dem Präzidententag bekommen man nichts gebracht, wir müssen es leider meistens erlämpfen. Dies kann aber nur mit einer aufgestellten Arbeiterkraft geschehen. Mit dem Erlauchen an alle anwesende Kollegen, in diesem Sinne an die indifferenten Kollegen heranzutreten, und sie mit einzureihen, schloß er seine Ausführungen, welche mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurden. Hierauf erfolgte eine rege Diskussion, auf welche Art und Weise man am besten einen besseren Versammlungsbeitrag bewerkstelligen könne und die uns noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen. Damit schließt die Versammlung.

Rundschau.

Das Brot wird teurer! Wie an einem glänzenden Sommertage plötzlich eine schwarze Gewitterwolke am Horizont heraufsteigt und das eben noch strahlende Landschaftsbild verdunkelt, so reckt sich jetzt drohend ein unheilbedrohendes Angeheuer über den Horizont unseres Wirtschaftslebens. Das ist die rapide Steigerung der Getreidepreise. Die Höhe, in der in diesem Monat Roggen wie Weizen an deutschen Produktionsmärkten notiert wird, ist seit dem Notstandsahre 1891/1892 nicht wieder erreicht worden. Im August 1906 wurde an der Berliner Produktionsbörsen die Tonne Weizen mit 175,30 Mk. bezahlt. Das war wenig mehr als der Weizenpreis vor genau zwei Jahren, im Mai 1905, mit 175 Mk. betrug, ehe das Schandwerk der Protowucherer vom 13. Dezember 1902 seine verderbliche Wirkung ausübte. Heute aber, im Mai 1907, steht der Weizenpreis auf mehr als 200 Mk., hat an einzelnen Tagen sogar schon die Höhe von 205 Mk. überschritten. Ein Sinken der Preise ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Denn die Ursachen, auf die das Dinaufschmelzen der Getreidepreise zurückzuführen ist, lassen sich von heute an morgen nicht aus der Welt schaffen. In erster Linie liegen sie im Zollrisiko und in den trübten Ernteausichten der Getreideproduktion des Weltmarktes begründet. Der amerikanische Saatenslandsbericht für den Monat Mai gibt die Anbaufläche auf 353 Millionen Acres geringer an als im Dezember v. J. Aber nicht nur in dem Hauptanbauhand, den Vereinigten Staaten, und in Kanada sieht man der Ernte mit unwohligen Blicken entgegen, sondern die anderen Getreideanbauländer, wie Ungarn, Rumänien, Bulgarien und

Indien, klagen, daß der Frühjahrsweizen durch verspäteten Anbau stark gefährdet sei und aus Südrußland gar kam erst kürzlich die Meldung, daß auch für dieses Jahr eine vollständige Missernte zu erwarten sei. Das sind trübe Aussichten für die Zukunft. Wir wollen noch konstatieren, daß auch der Roggenpreis sich gewaltig gehoben hat, ja, nehmen wir die Berliner Marktpreise an, dann stellt sich das Verhältnis bezüglich der Roggenpreise folgendermaßen:

Der höchste Preis im Jahre	1904	148 $\frac{1}{2}$
" " " "	1906	156 $\frac{1}{4}$
Der Preis am 2. Januar	1907	166 $\frac{1}{4}$
" " " "	1907	177 $\frac{1}{2}$
" " " "	1907	190 $\frac{1}{4}$
" " " "	1907	194 $\frac{1}{2}$

Das sind Preise, wie sie seit dem Notjahre 1891/1892 nicht wieder erreicht waren und die sicherlich berechtigten Anlaß zu schweren Befürchtungen wegen der Nahrungsmittelversorgung des deutschen Volkes geben.

Der Achtstundentag marschiert! Die deutschen Solobetriebe in Vornburg haben beschlossen, nach den guten Erfahrungen, die sie mit dem Achtstundentag auf dem Hauptwerk in Vornburg gemacht haben, ihn vom 1. Juli ab in sämtlichen Betrieben einzuführen. — Die Steinmengen in Gotha errangen den Achtstundentag.

Christlicher Terrorismus. Die christlichen Gewerkschaftler wissen sich nicht genug über den angeblichen Terrorismus der freien Gewerkschaften zu beklagen. Wie sie es selbst in diesem Punkte treiben, erfährt man aus einer Verhandlung des Schöffengerichts Weiden. In der dortigen Zentralkerkstatt der bayerischen Staatsbahnen ist der Schlosser Lang beschäftigt, der Anhänger der freien Gewerkschaften ist und verschiedene Ehrenstellen bekleidet, so auch die eines Mannes des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes. Ob seines uneigennütigen und unparteiischen Wirkens ist er allgemein geachtet, aber die christlichen Bossen verfolgen ihn mit größtem Eifer. Man suchte ihm unter allen Umständen die Erziehung unmöglich zu machen. Anfangs durch anonyme Briefe an seine vorgesetzte Behörde, und als diese wirkungslos war, an erdienen im Organ des christlichen Eisenbahnerverbandes, dem „Eisenbahner“ in München, Artikel mit groben Verdächtigungen gegen Lang. Als Verfasser entpuppte sich der christliche Führer und Obmann des Eisenbahnerverbandes, der durch die Vereitelung des Führers die Zahlstelle des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes in Weiden vernichten wollte. Da der Verleumdete von der Eisenbahnverwaltung auf die Artikel hin zur Rede gestellt und ihm die Maßregelung angekündigt wurde, blieb ihm nichts anderes übrig, als gegen die Verleumdung zu klagen. Der Artikelschreiber Eger wurde zu 25 Mk., der Medakteur des „Eisenbahner“, Dauer, zu 40 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Eine neue Gründung des bayerischen Scharfmachertums. Der Syndikus des bayerischen Industriellenverbandes Mühle in München verfaßt an die bayerischen Unternehmer den Entwurf der Statuten für eine zu gründende Entschädigungsgesellschaft bayerischer Unternehmer, die den Zweck haben soll, von ihren Mitgliedern die wirtschaftlichen Folgen von Arbeitslosigkeit abzuwehren. Die Beiträge sollen für je 1000 Mk. der bei der Berufsgenossenschaft angemeldeten Jahreslohnsumme, mindestens aber 10 Mk. betragen. Das Eintrittsgeld beträgt pro 1000 Mk. Jahreslohnsumme 25 Mk., mindestens aber 10 Mk. und wird zur Bildung eines Reservefonds verwendet. Die Mitglieder erhalten auf jeden durch eine Arbeitseinstellung ausfallenden Arbeitstag pro Arbeiter 25 Proz. seines durchschnittlichen Tagelohnes, bei Aussperrungen ebensoviel, aber nur für die ersten 250 Arbeiter; für die übrigen gibt es vom 251. bis 500. nur 12 $\frac{1}{2}$ Proz., bis 1000. 7 $\frac{1}{2}$ Proz., darüber 2 Proz. Diese neue Gründung zeigt, wie sich die Unternehmer immer besser gegen die Arbeiterforderungen zu schützen suchen, sie ist eine Mahnung an die Arbeiter, ihre Organisationen ebenfalls immer mehr zu verbessern. Die Scharfmacher werden es nicht bei der Verteidigung gegen Forderungen bewenden lassen, sondern selbst zum Angriff vorgehen, wenn sie sich stark genug fühlen.

Kommunale Arbeitslosenversicherung. Die „Städtische Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter“ errichtet jeden Jahresbericht, der mit dem 31. März abschließt. Die Kasse besteht seit nunmehr elf Jahren. In den ersten fünf Jahren war sie zu völliger Bedeutungslosigkeit verdammt. Erst als man die Statuten einer Änderung unterzog und dadurch die organisierte Arbeiterschaft, soweit sie dem Baugewerbe angehört, für das Unternehmen interessierte, nahm die Kasse einen Aufschwung. Bis zum Jahre 1900 hatte sie 220 bis 317 Mitglieder; dann stieg sie auf 570, 1200, 1300, 1620, 1717. Im Jahre 1905 sank sie auf 1610 zurück und im Berichtsjahre mit 1255 auf den Stand von 1902. Trotz dieses Rückganges wurde die Kasse im Berichtsjahre ungewöhnlich stark in Anspruch genommen. Infolge der andauernd ungunstigen Witterung und des scharfen Frostes, wodurch in den Wintermonaten im Baugewerbe völlige Brachlegung

der Arbeit eintrat und ein Arbeiten im Freien fast unmöglich wurde, sind zeitweise bis 85 Proz. aller Versicherten arbeitslos geworden. Die Kasse verfolgt den Grundsatz, den arbeitslos gewordenen Versicherten Arbeit zuzuweisen, wozu sie mit der städtischen Arbeitsnachweisanstalt in Verbindung steht. Gelingt es nicht, den Versicherten geeignete Arbeit nachzuweisen, so tritt die Unterstützung in Kraft. Die Unterstützung kann nur bezogen werden in den Monaten Dezember, Januar und Februar, und zwar werden für die ersten 20 Tage je 2 Mk., für die folgenden Tage je 1 Mk. gezahlt. Die Mitglieder haben im Jahre 31 Wochenbeiträge zu leisten: ungelernete Arbeiter 35 Pf., gelernte 45 Pf. Die Kasse nahm an Wochenbeiträgen 17 134 Mk. ein, zahlte aber an Tagelohn: 15 928 Tage a 2 Mk. und 8158 Tage a 1 Mk., insgesamt 40 014 Mk. Davon haben die Versicherten nur 43 Proz. aufgebracht. Die Kasse erhält einen städtischen Zuschuß von jährlich 20 000 Mk. Ferner zahlten 230 „Ehrenmitglieder“ 2565 Mk. Das Jahr schließt mit einem Vermögensbestande von rund 140 000 Mk. ab. Die Unterstützungssumme stieg gegen das vorige Jahr von 24,66 Mk. pro Kopf auf 41,90 Mk. im Gesamtdurchschnitt. Der ausbezahlte Höchstbetrag, den 95 Versicherte erhielten, belief sich auf 68 Mk. Es erhielten: 67 Versicherte bis zu 10 Mk., 95 Versicherte 10 bis 20 Mk., 86 Versicherte 20 bis 30 Mk., 126 bis 40 Mk., 256 bis 50 Mk., 164 bis 60 Mk. und 160 erhielten 60 bis 68 Mk. — Die Statuten der Kasse sind so gestaltet, daß ein Verdrachen der Kasse nicht möglich ist. Die Stadt Köln leistet für die Unterstützungsgelder Garantie, was aber lediglich formelle Bedeutung hat. Die Verfassung der Kasse ist bis zu einem gewissen Grade patriarchalischer Art. Es ist Vorsorge getroffen, daß die Arbeiter niemals ohne die Zustimmung der bürgerlichen „Patrone“ und „Ehrenmitglieder“ Satzungsänderungen vornehmen können.

Der **Schneiderverband** veröffentlicht seinen Jahresbericht für 1906. Die Mitgliederzahl ist auf 36 073 gestiegen. Lohnforderungen wurden gestellt in 122 Orten. In 47 Orten wurde diese ohne Streit erledigt, während in 75 Orten kurze Streiks zur Durchföhrung der Forderungen notwendig waren. An den gesamten Lohnbewegungen beteiligt waren 18 328 Beschäftigte. Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 62 $\frac{1}{2}$ Stunden und eine Lohnerhöhung von 29 701 Mk. pro Woche. — Die Jahreseinnahme des Verbandes betrug einschließlich eines Massenbestandes von 111 001 Mk. insgesamt 512 110,27 Mk. Die Ausgabe belief sich auf 370 556,41 Mk., so daß am Jahresabschluss 1906 ein Massenbestand von 171 553,86 Mk. vorhanden war.

Der **Fabrikarbeiterverband** erreichte, nach seinem sechsten veröffentlichten Jahresbericht, im vorigen Jahre einen Mitgliederbestand von 123 215, davon 11 824 weibliche Mitglieder. Die Zunahme gegenüber 1905 beträgt 11 283 männliche und 6062 weibliche Mitglieder. Die Jahreseinnahme des Verbandes belief sich auf 1 755 649 Mk., davon aus Mitgliederbeiträgen 1 720 809 Mk. Die Jahresausgabe für 1906 betrug 1 621 087 Mk., der Vermögensstand am Jahresabschluss 5 761 903 Mk. Für Unterstützungen wurde die Summe von 1 106 729 Mk. verausgabt; davon für Streitunterstützung (aus der Hauptkasse) 711 405 Mk., Vermögensgegenstandsunterstützung 35 846 Mk., Medizinisch 8151 Mk., Sterbegeld 13 101 Mk., Umzugsunterstützung 12 393 Mk. und für Erwerbslosenunterstützung 322 226 Mk.

Verbandsteil.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

In der letzten Nummer der „Gewerkschaft“ ist unter den Bekanntmachungen betr. die Delegiertenwahlen zum internationalen Arbeiter-Kongress und zur internationalen Gemeindeförderer-Konferenz in der gemeinschaftlichen Kandidatenliste ein Druckfehler unterlaufen. Es soll anstatt Johann Fischer Dresden — Johann Vösch Dresden heißen. Wir bitten unsere Mitglieder von dieser Berichtigung Kenntnis zu nehmen.

Für den Verbands-Vorstand:
C. Riedel.

Totenliste des Verbandes.

Joh. Fuhs, Colmar i. Elb.	Karl Seebach, Heilbronn
+ 30. Mai 1907 im Alter von 50 Jahren.	+ 8. Juni 1907 im Alter von 55 Jahren.
Chre ihrem Andenken!	

Bekanntmachung der Filiale Königsberg, Pr.

Den Kollegen zur gefälligen Kenntnisnahme, daß Sprechstunden im Bureau, Landhofmeierstr. 20, 1 Trp., (Eingang Kronenstr.), nur: **Mittwoch und Sonnabend von 6 $\frac{1}{2}$ bis 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends** stattfinden. Die Ortsverwaltung.